

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

**„Wir werden den Libanon 20 Jahre zurückbomben“
(Israelischer Generalstabschef)**

Gescheitertes Vorspiel für einen Militärschlag gegen den Iran?



Nach den schrecklichen Anschlägen auf die Türme des World Trade Center in New York und den Bomben-Anschlägen auf U-Bahnen, Busse und Züge in London und anderswo hat es nun mißlungene Anschläge auf Regional-Züge in Deutschland gegeben. Das Zielland der Terroristen, der Zeitpunkt und die Nationalität der Täter sind kein Zufall, wenn auch die Regierungsparteien und der Großteil der Medien versuchten, die auf der Hand liegenden Zusammenhänge zu verschleiern.

Mögen religiöse Motive auch eine Rolle gespielt haben, so sind die libanesischen Haupttäter, wie man sich denken kann, erschüttert vom Untergang ihres Landes durch die gnadenlose Bombardierung der israelischen Kampfflieger. Wenn die Meldung eines Senders stimmt, daß der Bruder eines Täters dabei ums Leben kam, braucht man nach dem Motiv nicht lange zu fragen. Die Regierung Merkel hat sich zudem in bisher noch nicht bekannter Weise offen zur Aggressionspolitik Olmerts, Bushs und Blairs bekannt, indem sie sich deren

Meinung anschoß und sich weigerte, einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern. Das kam für die Libanesen und für alle anderen Araber einer Aufforderung gleich, den Libanon weiter zu zerstören, obwohl die große Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung bereits bekannt war.

„Terrorgefahr als Folge der Bush-Politik?“, überschrieben die „Nürnberger Nachrichten“ ihren Artikel. „Das zunehmende Engagement der Deutschen an den Krisenherden der Welt bringt das Land fast zwangsläufig in das Visier von Terroristen.“ Selbst der Verfassungsschutzbericht muß feststellen: „Wenngleich der Gefährdungsgrad deutlich hinter dem der unmittelbar an der militärischen Intervention im Irak beteiligten Staaten zurückbleibt, sei doch festzustellen, daß auch Deutschland in den Augen der Mudschaheddin zum Lager der so genannten Kreuzzügler, zu

den Helfern der USA und Israels, zählt.“

Der Staatsterrorismus als Ursache für terroristische Anschläge

Ob in Kurdistan, in Irland, im Nahen Osten oder anderswo: Die Wurzel des Terrorismus ist der vorausgegangene Staatsterrorismus. Nach dem Untergang der Sowjetunion ist für viele Dritte-Welt-Länder und vor allem für die arabische Welt der strategische Gegenspieler der USA weggebrochen und sie stehen nun dem aggressiven Verhalten der imperialistischen Mächte unter Führung der USA nahezu schutzlos gegenüber. Es geht um strategische Positionen, um Rohstoffe und vor allem um Öl und Gas, wobei Russland und

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- Krieg im Nahen-Osten	Seite 1
- In eigener Sache	Seite 2
- Umverteilung nach alten Rezepten	Seite 9
- NPD in Sachsen	Seite 15
- Bildung als Ware	Seite 17
- Zum Spanischen Bürgerkrieg	Seite 21
- Rezensionen, Nachdrucke:	
- Wer war Peter Maslowski?	Seite 26
- Slowakei: Ficos Ritt auf dem Karpatentiger	Seite 27
- Italien: Linke in schweren Wassern	Seite 29

In eigener Sache

Umfragen und die letzten Wahlen zeigten es noch einmal deutlich, daß die beiden „Volksparteien“ CDU und SPD, die die große Koalition tragen, in eine Dauerkrise geraten sind. Wähler und Mitglieder laufen ihnen davon, das Vertrauen in sie sinkt weiter. Leider entsteht daraus, was das Klassenbewußtsein angeht, nicht viel Positives, denn ein Teil der Bevölkerung sucht wieder mal den Ausweg noch weiter rechts. So ist bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern die Partei der sozialen Kälte, die FDP mit 9,6 % zum Hauptnutznießer der Wählerwanderung geworden. Besonders alarmierend ist der Einzug der NPD (7,3 %) in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Es ist auch Resultat der Anbieterungspolitik der PDS an die SPD, daß der Linkspartei nicht nur kein Stimmenzuwachs durch die Parteienkrise zugute kam, sondern die PDS in Berlin (- 9,2%) schwere Einbußen hinnehmen mußte und in Mecklenburg-Vorpommern mit + 0,4 % praktisch stagnierte. Die Parteiführung, der Regierungsposten wichtiger sind als linke Politik, wird daraus nichts lernen, weil sie politisch daraus nichts lernen will. Da wir bereits vor den Wahlen Redaktionsschluß hatten, konnten wir nicht mehr näher darauf eingehen.

Mit der Innenpolitik befassen wir uns in zwei Artikeln. Einer zeigt auf, daß und wie die NPD in Sachen immer mehr an Einfluß gewinnt.

Im anderen kritisieren wir die Politik der Großen Koalition und zerpflücken deren Umverteilungsmaßnahmen von unten nach oben. Leider wird die Masse der Lohnabhängigen dem nichts Relevantes entgegengesetzt.

Israel hat nicht nur den Libanon mit Krieg überzogen sondern auch ganze Landstriche in verbrannte Erde verwandelt, auch um sie unbewohnbar zu machen. Das geschah ungestraft in aller Weltöffentlichkeit, ja noch mehr, auch die europäischen Staaten schwenken immer mehr auf die Linie von Bush ein. Über die Schiene der UNO macht sich nun auch Deutschland zum Büttel der USA und Israels und die Regierung Merkel/Müntefering muß auch keine großen Antikriegsdemonstrationen mehr fürchten – ein weiterer innenpolitischer Rutsch nach rechts.

In einem weiteren innenpolitischen Artikel wird die schleichende Privatisierung im Hochschulbereich aufs Korn genommen – die Bil-

dung verkommt immer mehr zur Ware.

Vor 70 Jahren begann der spanische Bürgerkrieg. Darüber ist vieles schon geschrieben worden, richtiges und falsches. Letzteres wird auch immer von manchen Autoren der Parteikommunistischen Seite in die Welt gesetzt. Dem muß widersprochen werden, um der Wahrheit willen und um der Schande willen, daß jene, die sich auch Kommunisten nannten, an der Vernichtung revolutionärer Kräfte, wie sie die POUM darstellte, beteiligten.

Einige Nachdrucke und Rezensionen runden die Nummer ab.

Wir danken wieder allen Zahlern und Spendern. Leider hat es bei uns in den Sommermonaten ein finanzielles Loch gegeben. Deshalb rufen wir wieder zur Unterstützung auf.

Wir laden zu unsrer Jahreskonferenz am 21./22. Oktober nach Nürnberg ein. Voraussichtliche Themen sind. Der Niedergang der Gewerkschaften / Die innenpolitische Lage / Das Parteiprogramm der DKP.

Anmeldungen bitte über die Redaktionsadresse oder abends unter der Telefonnummer 0911 / 5180381 (H.)

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presderechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger Postbank München BLZ 700 100 80 Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



besonders China dabei Washington in die Quere kommen. Doch die Kontrolle der weltgrößten Energievorräte im Nahen Osten ist für die US-Kapitalisten unverzichtbar. Die Vereinigten Staaten haben ein neues Zeitalter der von ihnen angezettelten Kriege eingeläutet, gegen Jugoslawien, gegen Afghanistan, gegen den Irak. Iran und Syrien sind bereits im Visier. Die Neocons in Washington faseln vom „Dritten Weltkrieg“. Umgeben von den Ölquellen des Nahen Ostens ist Israel für das Pentagon so viel wie ein riesiger unsinkbarer Flugzeugträger. Deshalb die unhinterfragte Unterstützung Tel Avivs durch fast alle US-Präsidenten, die durch eine mächtige jüdische Lobby im eigenen Land angefeuert wird. Die Palästinenser wurden dabei völlig dem israelischen Diktat ausgeliefert, das Osloer Abkommen und selbst die Road Map sind nur noch ein Fetzen Papier.

Die westlichen Medien und ihre Politiker trommeln unentwegt für das „Existenzrecht Israels“ und mit der Einschränkung „in den Grenzen von 1967“, kann man dem auch zustimmen. Aber nicht ohne gleichzeitig das Existenzrecht der Palästinenser einzufordern, was einen eigenen Staat und Lebensbedingungen einschließt, bei denen die Menschen auch wirklich existieren können. Die israelischen Regierungen machten und machen das Gegenteil: Sie verweigern den Palästinensern das menschliche und staatliche Lebensrecht, stoßen sie ins Elend, in Verzweiflung und Demütigung, schwingen sich mit ihrem vom Westen unterstützten Gewaltmonopol zum Herren der Region auf. Das ist der Kern des Nahost-Konfliktes, der weit in die arabische und islamische Welt ausstrahlt. Dort produziert er überall Wut, Haß und Verzweiflung, auch über die Gräueltaten und Folterlager der US-Besatzungsmacht im Irak und anderswo. Das ist der Boden, auf dem der Terrorismus wächst, vor allem unter religiösen Fundamentalisten. Doch die gibt es bekanntlich nicht nur im Islam. Der religiöse Fanatismus könnte ohne eine entsprechende politische Massenstimmung niemals

eine solche Radikalität und Breite erreichen.

Da kann der deutsche Innenminister noch mehr Überwachungskameras anfordern und Dateien anlegen lassen, die zum „gläsernen Menschen“ führen. Letzten Endes helfen alle Polizeimaßnahmen höchstens zur besseren Täterfindung, weniger zur Tatverhinderung. Die Geschehnisse in Großbritannien sind dafür Beispiel. Je mehr Deutschland sich aggressiv und militärisch in nahe oder ferne Länder einmischt oder gar wie jetzt im Nahen Osten Kriegspartei wird, umso mehr wird sich die Wut der Betroffenen gegen die neuen „Kreuzzügler“ richten. Terroranschläge werden dann zur ständigen Begleiterscheinung, auch in Deutschland.



Der 33-Tage-Krieg – kein voller Erfolg für Israel

Der Libanonkrieg Israels, der sechste Nahost-Krieg seit 1948 und bisher der längste, ist kein isolierter Vorgang. Wer die Auseinandersetzung auf die Feindschaft zwischen Israel und der Hisbollah reduziert, lenkt ab von den regionalen und weltpolitischen Hintergründen. Da haben es z.B. deutsche Politiker fertig gebracht in einer Talk-Show über den Libanonkrieg zu diskutieren, ohne auch nur einmal den dahinter stehenden Palästinakonflikt zu erwähnen!

Auch dieser Krieg ist nur ein Glied in der Kette der unerbittlichen Machtpolitik einer rechtsaußen stehenden Politikerkaste in Tel Aviv, die mit Hilfe der Dominanz über die

Medien etwa 80 % der jüdischen Bevölkerung hinter sich gebracht hat. Für sie gibt es keine echten Verhandlungen mit den Palästinensern, höchstens über den Grad der Unterwerfung. Auch die Varianten israelischer sozialdemokratischer Parteien stehen hinter einer Politik des brutalen Diktats, anstelle irgendwelcher „Friedenspläne“ und hinter den Vernichtungsbestrebungen aller gegnerischen Kräfte im engeren und weiteren Umkreis der Region Naher Osten. Seit der Machtergreifung der Bush-Clique haben sie dabei die völlige Unterstützung der USA und in beschränktem Maße auch die der alliierten Westmächte. Bei Bedarf bedient man sich auch der Potentaten umliegender US-höriger arabischer Staaten, die nur mit brutaler Gewalt die Volksempörung zu unterdrücken vermögen.

Tod und Verderben

Es war das siebte Mal in drei Jahrzehnten, daß israelische Truppen in den Libanon vorstießen. Die unter einem Vorwand erfolgte Invasion der israelischen Armee war längst geplant und vorbereitet. Die Übermacht war anfangs ganz auf Seiten Israels. 10.000 ihrer Soldaten überschritten die Grenze und überzogen den Libanon mit zehntausenden Artilleriegranaten, vor allem auf angebliche Stellungen der Hisbollah. Die israelische Luftwaffe flog über 5.000 Bombenangriffe, ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Sie verwendete dabei auch US-Streubomben, deren Einsatz in Wohngebieten völkerrechtlich geächtet ist. 1.800 Häuser wurden zerstört, Brücken, Straßen, Wasserwerke und Schulen. Treffer in Kraftwerken hatten eine Ölpest im Mittelmeer zur Folge. Teile der Hauptstadt Beirut versanken in Schutt und Asche. Im Dorf Kana kamen viele Zivilisten um, darunter 16 Kinder. Amnesty International sprach von „Kriegsverbrechen“. Der ehemalige US-Präsident Carter warnte vor „einer verheerenden Antwort, wenn die zivile Bevölkerung weiterhin unmenschlich bestraft wird“. Ein hoher israelischer Militär hatte verlangt „die Hisbollah-Dörfer auszulöschen“. Auf Vorhaltungen europäischer Politiker antwortete Premierminister Olmert am 6. August: „Wo nehmen sie das Recht



her Israel Moralpredigten zu halten? Die europäischen Länder haben das Kosovo angegriffen und 10.000 Zivilisten umgebracht. 10.000!“ Der Libanon wurde von Luft und See her abgeschnürt. Auch die Hafenstadt Tyrus war isoliert. Hilfsorganisationen kamen nicht mehr voran und wurden von den Invasoren beschossen. Ein Zwischenfall brachte das Faß zum Überlaufen. Die israelische Armee nahm einen UN-Posten den ganzen Tag über unter Feuer, obwohl die UN-Behörden die israelischen Kommandostellen beschworen hatten, den Beschuß einzustellen. Nach der israelischen Zusage gab es einen Volltreffer, bei dem vier UN-Beobachter starben. Der UNO-Generalsekretär warf Israel einen „offenbar absichtlichen Angriff“ vor. Die USA verhinderten im UNO-Sicherheitsrat eine Verurteilung dieses beispiellosen Ekzels. Ihr UN-Botschafter John Bolton höhnte, der UN-Sicherheitsrat drohe zur „Schwatzbude“ zu verkommen. Was er damit bestimmt nicht meinte, war der einmalige Vorgang, daß ein UNO-Mitglied – Israel – auf die bisher 260 Resolutionen überhaupt nicht reagierte und die UNO daraus keinerlei Konsequenzen zog. Wie zum Hohn auf die Mißachtung der UNO bombardierten am Freitag nach dem Zwischenfall israelische Kampfbomber einen Rot-Kreuz-Hilfskonvoi, der sichtbar gekennzeichnet war. Die über eine Million libanesische Flüchtlinge blieben weitgehend ohne medizinische Versorgung, oft ohne Wasser und Lebensmittel.

Nach der letzten Zählung fanden 1022 Libanesen den Tod, darunter 928 Zivilisten, 280 waren Kinder unter 12 Jahren. Tausende wurden verwundet, die Zahl 3.369 wurde Ende August genannt. Die Schäden werden auf mindestens drei Milliarden Dollar geschätzt. 80% aller libanesischen Industriebetriebe liegen brach, die Arbeitslosigkeit erhöhte sich von 12% auf 30%.

Durch den Widerstand vor allem der Hisbollah erlitten auch die Israelis ungewohnte Verluste in diesem asymmetrischen Kampf. 155 Tote werden genannt, darunter 117 Solda-

ten. Mit Beginn der Invasion verstärkte die Hisbollah ihren Raketenbeschuß auf Israel, erreichte damit sogar Haifa und traf Ziele in 70 km Entfernung. 3.970 Raketen sollen Israel erreicht haben, täglich bis zu 150. 1,5 Millionen Menschen mussten Schutzräume aufsuchen oder waren auf der Flucht. Nach israelischen Angaben wurden 6000 Häuser beschädigt oder zerstört. 37 Zivilisten fanden dabei den Tod, mehr als 422 wurden verwundet.

Die israelische Armee gibt an, sie hätte ein Drittel der Hisbollah-Kämpfer eliminiert. Die Zahl von 500 wurde genannt. Da die Hisbollah eine politische und soziale Bewegung ist, der immer wieder neue Kämpfer zufließen, ist nicht ganz klar, was diese Verluste wirklich bedeuten. Israel gibt auch an „722 Kommandostände“ der Hisbollah seien vernichtet worden. Der Hisbollah ist es jedoch gelungen mit LKWs einen Teil ihrer Raketen abzuziehen.

Die militärischen Erfolge der Israelis im Libanonkrieg sind weit weniger glänzend als bei früheren Feldzügen und haben das Land in eine tiefe politische Krise gestürzt. Es gab herbe eigene Verluste. Der Gegner war besser ausgerüstet als angenommen, auch gegen Hubschrauber und Panzerangriffe. Die israelischen Truppen konnten nirgendwo den Litanifluß erreichen. Ein Dorf wie Bint Dschbeil wurde dreimal eingenommen und musste dreimal wieder geräumt werden. Abgesehen von den westlichen Regierungen - in der Weltmeinung steht Israel als moralischer Verlierer da. Vordergründig gehen die Unterstützer und Waffenlieferanten der Hisbollah, Iran und Syrien, gestärkt hervor. Die Hisbollah ist geschwächt, aber nicht vernichtet worden. Ob ihre Entwaffnung mit Hilfe der angesagten Interventionstruppen gelingt und Rüstungslieferungen für sie völlig unterbunden werden können, bleibt fraglich. Doch wäre dies Vorbedingung für einen Aggressionsschlag der israelischen Luftwaffe gegen die iranischen Atomanlagen und Kommandozentren. Ansonsten besteht das Risiko eines eventuell sogar atomar bestückten Raketen gegenschlages Irans von Südlibanon aus. Da durch diesen Krieg nicht erreichbar, ist es nun das Ziel in Tel Aviv und Washington mittels einer gefügigen

Hochrangige israelische Terroristen

Im Kampf um Unabhängigkeit haben in der Vergangenheit fast überall die Kämpfer Gewalt und Terrorismus angewandt. Später galten sie als „Freiheitskämpfer“. Das traf auch bei der Entstehung des israelischen Staates zu. Eine der radikalen Gruppen im Krieg gegen die britische Mandatsmacht war Irgun Zwi Leumi. Damals sprengte ein Kommando unter dem späteren Ministerpräsidenten Menachim Begin das King-David-Hotel in die Luft, ohne Rücksicht auf Unbeteiligte. Dabei kamen 96 Menschen ums Leben.

Nun berichtete die „FAZ“ über einen Mordanschlag, der bisher von den deutschen Behörden verschwiegen worden war. 1952 soll Menachim Begin Drahtzieher eines Attentats auf Bundeskanzler Konrad Adenauer gewesen sein.

Die „Nürnberger Nachrichten“ berichteten über die neuesten Recherchen in der „FAZ“: „Bisher war lediglich bekannt, daß die geplanten Anschläge mit Hilfe einer Paket- und mehreren Briefbomben von jüdischen Extremisten initiiert waren. Eine neue Quelle, die Sietz aufgedeckt habe, belege jedoch, daß Begin selbst, als ehemaliger Kommandant der jüdischen Terrororganisation „Etzel“ und Führer der „Cheruth“-Partei Auftraggeber, Organisator und Geldbeschaffer für die Attacke auf Adenauer gewesen sei, schreibt das Blatt.

Polizist getötet

Das an den damaligen Kanzler adressierte Paket war am 27. März 1952 im Münchner Polizeipräsidium explodiert, als ein Beamter es ausgepackt und einen darin befindlichen Lexikonband geöffnet hatte. Die Detonation von einem Pfund Sprengstoff in dem Buch tötete den Mann und verletzte weitere Polizisten und Zeugen zum Teil schwer. Details des Anschlags und sein eigentliches Ziel waren von den Behörden damals geheim gehalten worden.

Eigentliches Ziel des Attentats war es nach Ansicht von Historikern, die Wiedergutmachungsverhandlungen zwischen Israel und der Bundesrepublik zu torpedieren.“

Kommentar überflüssig!



UN- „Friedensstreitmacht“ dieses Risiko, das auch eine atomare Bedrohung für Israel sein könnte, auszuschalten. Der andere Weg wäre, die Hisbol-

lah und jeden anderen Widerstand in innerlibanesischen Wirren untergehen zu lassen. So gesehen machen das Niederbomben des Landes und die Angriffe auf Zivilisten Sinn, sollen sie doch das Land erneut spalten und das Feuer eines Bürgerkrieges schüren. Die Vertreibung der Syrer aus dem Libanon war da gelungene Vorarbeit. Dazu schreibt Uri Avnery, der israelische Friedensaktivist, in der jungen Welt vom 19.7.06: „Das eigentliche Ziel des Angriffs auf Libanon ist es, das Regime in Beirut zu stürzen und ein Marionettenregime einzusetzen. Dies war schon Ariel Sharons Ziel bei der Invasion des Libanon 1982. ... Genau wie 1982 wurde auch die jetzige Operation in vollständiger Koordination mit den USA geplant und ausgeführt.“ Damals wurde die PLO aus Beirut verdrängt. Dann geschah unter Sharons Aufsicht das furchtbare Massaker in dem palästinensischen Flüchtlingslager Sabra/ Shatila mit 2.000 Opfern.“

Der Libanon mit seinen 3,6 Millionen Einwohnern ist in 18 Konfessionsparteien zersplittert, die alle um Macht und Einfluß ringen und meist die verschiedenen ausländischen „Schutzmächte“ hinter sich wissen. Ein Drittel der Bevölkerung machen die Schiiten aus, die politisch benachteiligt wurden. Dies und die Dominanz der christlichen Maroniten war einer der Gründe für den schrecklichen Bürgerkrieg 1975-1989. Es gibt nur eine überkonfessionelle Partei, die KP mit 5.000 Mitgliedern und 8% der Stimmen, der aber Parlamentssitze verweigert werden.

Israel will aus dem Libanon einen Satellitenstaat machen

Bereits zur Regierungszeit Clintons gab es Aggressionspläne mit dem Ziel der Zersetzung des Libanon. Da gab es den „Plan der National Security Survey, eines von Paul Wolfowitz und Donald Rumsfeld geleiteten US-Forschungsinstituts,

demzufolge die Kontrolle Israels über die Gesamtregion des Nahen und Mittleren Ostens durch einen Angriff auf den Libanon eingeleitet werden sollte. Präsident Clinton hatte damals diesen Plan verworfen.“ (SOZ) Der 2005 von den Westmächten betriebene Abzug der Syrer aus dem Libanon war aber dann soviel wie der erste Schritt zur Wiederaufnahme dieses Plans, aus dem Libanon einen Satelliten Israels zu machen. US-Außenministerin Condoleezza Rice nannte diese für so viele Menschen totbringende Absicht „Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens“. „Neu“ sollte sein, alle dort lebenden Völker, auch die Iraner, unter die Kontrolle der USA zu stellen. Das gelang dem US-



Imperialismus nicht mal im Irak vollständig.

Auch die Israelis mussten die Erfahrung machen, wie vor ihnen schon viele kriegführende Staaten, daß durch Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung und durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nicht, wie gewollt, der Haß sich gegen die eigene Regierung oder wie in diesem Fall gegen die Hisbollah richtet, sondern gegen die Verursacher. Obwohl die Lage zwischen den verschiedenen

religiösen Gruppen im Zedernstaat weiterhin labil ist, gelang es Olmerts Gewaltpolitik nicht, sie gegeneinander aufzuhetzen. Vor Monaten hatten zudem die libanesischen Behörden das Netzwerk des Geheimdienstes Mossad ausgehoben. Auch sind die Trennlinien im Lande weniger religiöser Art sondern vielmehr durch mafiose Interessenclassens bestimmt. Die schlecht ausgerüstete 60.000 Mann umfassende libanesischen Armee, die nun in den Südlibanon einrückte, ist auch weniger als in anderen Ländern von zentralstaatlicher Disziplin geprägt. Sie wird sich kaum zur Entwaffnung der Hisbollah hergeben, die doch einen wesentlichen Teil des dortigen politischen Lebens ausmacht. Die Hisbollah hat weiterhin großen Einfluß im Südlibanon, in der Bekaa-Ebene und in Süd-Beirut. Wie weit die flächendeckende Zerstörung der Infrastruktur durch israelische Bomben die beabsichtigte Unterbindung von iranischen Rüstungslieferungen an die Hisbollah zur Folge hat, wird auch davon abhängen, wie strikt die sogenannten UNO-Interventionisten die Grenze zu Syrien und zum Mittelmeer dicht machen können. Es gibt Stimmen, die die massenhafte Verwendung der US-Streubomben im Südlibanon in einem Bezug dazu sehen. Militärfachleute rechnen damit, daß von den ca. 100.000 Schrapnells etwa 30% Blindgänger waren. Damit könnte gezielt beabsichtigt worden sein, ganze Gebiete unbewohnbar zu machen, ein politisches Niemandsland entstehen zu lassen. In Israel gibt es schon wieder Stimmen gegen den gegenwärtigen Waffenstillstand - der von den Israelis immer wieder gebrochen wird - die einen neuen Feldzug gegen den Libanon fordern.

Vorgeschobener Kriegsgrund

Israels Invasion des Libanon wurde mit der Gefangennahme eines israelischen Soldaten durch palästinensische Guerilleros und von zwei Soldaten im Libanon begründet und die westlichen Medien sind voll darauf abgefahren. Da auch die deutschen Medien diese Gefangennahme als Kriegsanaß übernahmen, muß man sich doch damit befassen, obwohl dieser „Kriegsgrund“ offen-



sichtlich an den Haaren herbeigezogen ist. Der Angriff auf den Libanon war offenbar längst von Tel Aviv geplant – und zwar in Absprache mit der US-Administration. Mit ihrer „Freilassungs-Propaganda-Kampagne“, auf die sich auch der arme Kofi Annan den Anschein gab, hereinzufallen, lenkt die israelische Regierung die Weltöffentlichkeit vollkommen davon ab, daß für sie Kidnapping, Gefangennahme und gezielte Ermordung von palästinensischen Militanten (einschließlich der dabei entstehenden „Kollateralschäden“) fast zur täglichen Praxis gehört. Zum Beispiel wurden einen Tag vor der Gefangennahme der beiden israelischen Soldaten durch die israelischen Streitkräfte zwei Zivilisten, Osama und Mustafa Muamar, aus Gaza-Stadt entführt. Kein westlicher Kommentator nahm dies überhaupt zur Kenntnis. Selbst israelische Zeitungen waren da kritischer. So stellte der Chefredakteur der Zeitung Ha-aretz fest: „Die Entführung von Zivilisten am Tag vor der Gefangennahme des Unteroffiziers Shalit nahm den Operationen der Armee jede legitime Grundlage.“ Wo blieben die Proteste der westlichen Freiheitsapostel, als die Greifer Olmerts wiederholt in das palästinensische Autonomiegebiet eindringen und mehr als die Hälfte der palästinensischen Regierungsmitglieder, darunter den Vizepräsidenten, außerdem 27 Abgeordnete, verhaftete und deportierte? Wo bleibt der Aufschrei der westlichen Demokratiebringer darüber, daß in den israelischen Gefängnissen 10.000 arabische Gefangene eingekerkert sind, manche seit 28 Jahren, die wenigsten davon Bombenattentäter? Darunter befinden sich 150 Frauen und 450 Kinder. Auch wurde im Westen ausgeblendet, wie schlimm während des Libanonkrieges die Palästinensergebiete von Israel heimgesucht wurden. Die Zerstörungen im abgeschnürten Gaza-Streifen und die fortgesetzten Annektierungen in der Westbank fanden kaum Beachtung, obwohl über 200 Palästinenser in diesem Zeitraum von den Israelis getötet wurden.

UNO-Interventionstruppen als Hiwis Israels

Was sich militärisch nicht ganz als durchsetzbar erwies, versuchte Israel umgehend im Bunde mit den USA auf dem Umweg über die UNO wenigstens noch halbwegs zu erreichen. Der UN-Sicherheitsrat, das Monopol einiger Groß- und Mittelmächte, steht immer mehr unter der Dominanz und leidet unter der Destruktion der Vereinigten Staaten von Amerika. Entweder Mr. Bolton blockt mit einem Veto ab, wenn die Nötigung nicht zum Ziel führt, oder es kommt für sein Land Unangenehmes zur Sprache; dann heißt es gleich „Schwatzbude“. Mit dem UNO-Mitgliedsbeitrag, einem weiteren Druckmittel, sind die USA seit Jahren im Verzug.

Anfangs hatte sich Frankreich noch gesträubt und Chirac hatte sich gegen die See- und Luftblockade des Libanon ausgesprochen. Der bald darauf erfolgte Schwenk von Paris war bezeichnend und die deutsche Haltung ebenfalls. Das ist eine neue, negative Qualität und Bush kann sich



die Hände reiben, die Zögernden endgültig gezähmt zu haben. So kam es zur UNO-Resolution 1701. Die bisher im Libanon stationierten Unifil-Soldaten sollen auf 15.000 aufgestockt werden. Die Führung übernimmt zuerst Italien (3 000 Mann), dann Frankreich (2.000 Mann), dessen übles Spiel als Mandatsmacht noch manchen Libanesen in Erinnerung ist. Die Truppengestellung ist ziemlich einseitig, denn vor allem EU-Länder schicken Truppen,

Deutschland wahrscheinlich 2.000, die Türkei eventuell 1.500. Tel Aviv protestierte heftig, als es um die Entsendung aus islamischen Staaten, wie Indonesien und Bangladesch, ging. Man kann doch nur Erfüllungsgehilfen Israels brauchen, die zur Entwaffnung der Hisbollah und jeden anderen Widerstandes beitragen und jeglichen Waffennachschub verhindern. Ob es so kommen wird ist ungewiß, es sei denn, die Interventionisten halten sich nicht an den Wortlaut der Resolution 1701. Die Israelis haben ja schon ausgesprochen, wie sie das Ganze handhaben möchten. Premier Ehud Olmert: „Wir sehen die Bundeswehr als Schutztruppe für Israel.“ Nach der Resolution 1701 ist aber eine Entwaffnung der Hisbollah durch Unifil-Soldaten nicht vorgesehen. Aber jetzt, schon vor der Stationierung, streitet man sich, wie „robust“ das Mandat sein soll. Der Spielraum für willkürliche bzw. gezielt falsche Auslegung zeichnet sich ab.

Deutschland wird auch im Nahen Osten Kriegspartner

Nicht in dem Sinne, daß deutsche Soldaten offen an der Seite israelischer Verbände kämpfen. Doch mit einer „Friedensmission“, die beide Seiten gleichermaßen im Zaum hält, hat der deutsche Einsatz nichts zu tun. Kriegsminister Jung spricht deshalb auch von „Kampfeinsatz“. „Unsere Position ist klar: Wir stehen an der Seite Israels“, preschte der Gesinnungsfreund des „größtmöglichen Aufklärers“ Ministerpräsident Koch („jüdische Vermächtnisse“) vor, ohne die Verklausulierungen der Kanzlerin abzuwarten. Fest steht jedoch, daß die deutsche Beteiligung sich auf den Einsatz von Marine und Tornadokampffjets beschränkt. Schnellboote, eine Fregatte, ein Versorgungsschiff und ein Spionageboot sollen die libanesischen Küste von Waffenlieferungen abschotten. Jung hat das Einverständnis des Finanzministers (SPD), den „Verteidigungshaushalt“ um 400 Millionen Euro für diesen Zweck aufzustocken. Da das Gerede um die Dauer des Einsatzes absichtlich Wischiwaschi ist, wird sich die Summe wohl noch beträchtlich erhöhen. Zudem steht die Lieferung zweier, auch atomar umrüstbarer, U-Boote an Israel in einem Wert von einer



Milliarde Euro noch an. Ein Drittel der Kosten übernimmt großzügigerweise die BRD; also 330 Millionen Euro für die israelische Aufrüstung! Da

gab es doch einmal einen Beschluß des Bundestages, der Rüstungslieferungen in Spannungsgebiete untersagte. Aber – was sind Parlamentsbeschlüsse noch wert, in Zeiten der Aushöhlung des Grundgesetzes. Es geht doch mit den Auslandseinsätzen um „Grundlegendes“, wie die FAZ am 13.8.06 hervorhob: „Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder.“ Profitieren tut die Bourgeoisie und sie bestimmt auch die Kriegspolitik, vollziehen muß es die Große Koalition in Berlin. Wenn manche Stimmen, auch aus den Koalitionsparteien, sich gegen den Libanonkrieg und gegen den deutschen Einsatz erheben; letztlich wird ihnen nur übrig bleiben, bei der Abstimmung zu kuschen, wollen sie es sich nicht mit der Bourgeoisie, den wahren Herren dieses Landes und der Welt verderben. Da wird dann auch die Volksmeinung negiert, hatten sich doch 62% gegen den Bundeswehreinsatz ausgesprochen und nur 35% dafür. Nennenswerte Friedensdemonstrationen dagegen kamen aber auch nicht zustande.

Einige führende Frauen der SPD hatten sich über Israels Vorgehen empört. Besonders engagierte sich die Entwicklungshilfe-Ministerin Wieczorek-Zeul, die eine UN-Untersuchung wegen des Einsatzes von Streubomben durch Israel forderte. Gegen sie richtete sich der geballte Zorn des Zentralrats der Juden in Deutschland, der sich damit mit der unmenschlichen Politik der israelischen Regierung identifizierte. Selbst der rechtsgewirkte Seeheimer Kreis der SPD wollte diese Politik als „völkerrechtswidrig“ anprangern, hatte aber im letzten Augenblick Angst vor den wütenden Anwürfen des Zentralrats. Eine einsame Stimme war die des SPD-MdB und Nahostkenners Mützenich: „Wir können eine Friedenssicherung nicht nur im Interesse Israels machen. Ein deutsches Kon-

tingent darf sich niemals vorschreiben lassen, in welche Richtung die Gewehre zielen.“ Das grenzte aber dann doch schon an Ketzerei. Mit seiner Karriere wird da nicht mehr viel werden.

Von der Opposition ist die FDP gegen ein Nahost-Mandat, natürlich nicht aus pazifistischer Gesinnung, die Grünen sind unterschiedlicher Meinung. Die Linkspartei wird im Parlament dagegen stimmen. Einem Teil der rechten Führungsqlique der PDS ist auch dabei nicht über den Weg zu trauen. Die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel aus Baden-Württemberg, hatte in Berlin an einer Demonstration gegen die israelische Aggression teilgenommen und richtigerweise von einem „Vernichtungskrieg“ gesprochen. Ein Vorstandsmitglied der PDS hatte nichts besseres zu tun, als intern ihren Auftritt als „schädlich und einseitig“ zu kritisieren. „Schädlich“ für die Karrierestreiber am rechten Flügel der PDS?

Die Gewerkschaften haben jedes Jahr den Antikriegstag begangen, freilich mit immer weniger Beteiligung. Eine Ausrede kann das aber nicht sein, den Libanonkrieg mit Schweigen zu übergehen. Gegen einen eventuellen Vorwurf des Antisemitismus, sollte es ihnen an eigenen Argumenten nicht fehlen. Oder geht es nach der Maxime: „Nur keine Unruhe in den eigenen Reihen“. Was sind schon Grundsätze?

Zur Beurteilung der deutschen Auslandseinsätze schrieb der „Spiegel“ am 21.8.: „Seitdem sind die Deutschen von ihren Regierungen schrittweise in Richtung Normalität geführt worden.“ Eine schöne „Normalität“, wenn Kriege wieder zur Gewohnheit werden! Kriegsminister Jung ist da wie immer den Zaudernenden ein Stück voraus. Wenn schon kein neuer Heldengedenktag durchzusetzen ist, so soll nach seiner Ansicht wenigstens „ein Ehrenmal für unsere getöteten Soldaten“ („Zeit“) errichtet werden. Haben doch seit 1990 64 Angehörige der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen ihr Leben verloren. Und forsch, wie gewohnt, hat er, ohne den Bundestag zu fragen, „entschieden, ein zentrales, öffentlich zugängliches Ehrenmal der Bundeswehr errichten zu lassen“. Jetzt wissen die deutschen Soldaten wenigstens, sollten sie in den Mohn-

feldern Afghanistans sterben, daß sie in Ehren sterben. Hatten wir das nicht schon einmal.

Auf der Stockholmer Geberkonferenz, an der vor allem EU-Staaten teilnahmen, wurden 730 Millionen Euro für den Wiederaufbau im Libanon gezeichnet. Auf die Bundesrepublik entfallen 22 Millionen, dazu 5 Millionen Soforthilfe, die schon ausbezahlt wurden. Das alte irrsinnige Rad kann sich wieder drehen, gleich den Ritualen in den palästinensischen Autonomiegebieten: Die EU baut die Infrastruktur auf, die Israelis schlagen sie kaputt und die EU hilft, sie wieder aufzubauen usw. ... Nicht nur die US-Rüstungsindustrie, auch westliche Baukonzerne werden sich freuen.

Gegen den Beifall von falscher Seite

Die Anprangerung der israelischen Gewalt- und Apartheidpolitik hat nichts mit einer grundsätzlichen antiisraelischen Einstellung oder gar mit Antisemitismus zu tun. (Übrigens sind die Araber auch Semiten.) Der Vorwurf des Antizionismus berührt uns sowieso nicht, denn auch die Juden selbst waren und sind zerstritten über den Zionismus. Die sozialistische Arbeiterbewegung war immer Gegner des zionistischen Gedankens, auch die jüdischen Genossinnen und Genossen. Marxisten treten seit jeher für die Gleichberechtigung der Völker ein und wenden sich gegen jeden Rassismus und Chauvinismus, ohne Unterschied ob er von Arabern oder Israelis kommt. Auch wenn wir gegen jede Kollektivschuldthese sind, auf Grund der schrecklichen Nazi-Vergangenheit und des Holocaust fühlen wir eine besondere Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Volk. Obwohl die Mehrheit der Juden nicht in Israel lebt, ist auch diese Staatsneugründung damit eingeschlossen. Sie war mit ein Ergebnis der Judenverfolgung in aller Welt, besonders aber ihrer millionenfachen Vernichtung durch das faschistische Deutschland.

Es liegt uns selbstverständlich fern, Untaten und Gewalt nur der einen Seite zu sehen. Auch die Katjuscha-Raketen der Hisbollah treffen in Israel Juden und israelische Araber, Schuldige und Unschuldige. Die Selbstmordattentate sind abscheu-



lich. Auch Schukeiri und Arafat wollten vor vielen Jahren die Juden noch „ins Meer treiben“! Es lag nicht nur an der Machtbesessenheit israelischer

Politiker, wie einst Ministerpräsidentin Golda Meir, die behauptete es gäbe kein „palästinensisches Volk“, oder sogar Rabin, der vor seiner Zeit als Friedensnobelpreisträger aufforderte: „Brecht den Palästinensern die Knochen!“ Arabische Führer und Potentaten die sich in überzogener Wortradikalität äußern, waren lange Zeit von einer Verkennung der wirklichen Verhältnisse behaftet, die man nur als unglaubliche Ignoranz bezeichnen kann.

Trotz Gewalt von beiden Seiten kann es keine Gleichsetzung geben, da ist der Unterschied von Ursache und Wirkung das politisch entscheidende Kriterium. (vgl. 2. Absatz „Staatsterrorismus ...“)

Noch gar nicht erwähnt wurde das Schicksal der Millionen palästinensischer Vertriebener und Flüchtlinge, die seit fast 60 Jahren in den umliegenden arabischen Staaten in ghettoähnlichen Lagern von den dortigen Machthabern in perfider Weise als willfährige politische Manövriermasse gehalten werden.

Im Rahmen dieses Artikels kann der historische Ablauf des Nahost-Konflikts nicht dargelegt werden. Sein Resultat aber ist die Ausgangssituation des jetzigen Konflikts - die Situation scheint zumindest kurzfristig aussichtslos und gefährlich. Die historische Belastung kann für uns als Deutsche aber nicht bedeuten, Israels Politik der Gewalt, der Unterdrückung und Annexion gegenüber dem palästinensischen Volk mit Schweigen zu übergehen oder gar gutzuheißen. Wir stehen an der Seite jener Israelis und Juden, die die israelischen Parteien und die Regierungspolitik schärfstens kritisieren oder sich dem Militärdienst entziehen. Die militaristischen Generäle haben das Land fest im Griff. Israel ist der beste Kunde der US-Rüstungsindustrie. So spitzt sich die soziale Krise als Folge der israelischen Kriegs- und Mauerpolitik immer mehr zu. Am 5. Au-

gust demonstrierten 5.000 Israelis in Tel Aviv gegen den Libanonkrieg.

In Lübeck richtete der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinschaft von Schleswig-Holstein, Professor Rolf Verleger, einen Brief an das Präsidium des Zentralrats, in dem er sich gegen die Militäraktionen Israels wandte und mehr statt weniger Gefährdung der Juden darin sah. U.a. klagte er an: „Das glaubt uns doch heutzutage keiner mehr, daß dies das eigentliche Judentum ist, in einer Zeit, in der der jüdische Staat andere Menschen diskriminiert, in Kollektivverantwortung bestraft, gezielte Tötungen ohne Gerichtsverfahren praktiziert, für jeden getöteten Landsmann zehn Libanesen umbringen lässt und ganze Stadtviertel in Schutt und Asche legt.“ Die Reaktion des Zentralrates war wütende Ablehnung. Es gab aber auch Stimmen die warnten, aus israelitischen Kultusgemeinden „israelische“ Kultusgemeinden machen zu wollen.

Apartheidsystem und Annexion

Der Schlüssel zum dauerhaften Frieden im Nahen Osten wäre die Lösung des Palästinakonflikts. Davon ist die israelische Politik weiter entfernt denn je. Die Ablehnung echter Verhandlungen und von Kompromissen ist gewollt, stünden sie doch der Verwirklichung von Groß-Israel im Wege. Die welt- und machtpolitische Konstellation scheint dafür günstig, mit einer Politik der vollendeten Tatsachen fortzufahren.

Der das Land durchziehende Sperrwall schneidet die Palästinenser von ihren Arbeitsstellen, Schulen, Krankenhäusern und Äckern ab. Dazu der Arzt und Aktivist Dr. Mustafa Barghouthi: „Die Mauer „frisst“ Land, Palästina ist von 80% seiner Wasser-Ressourcen abgeschnitten, 650 Checkpoints behindern die ArbeiterInnen auf dem Weg zur Arbeit, die Besatzung stranguliert die Landwirtschaft, die ärztliche Versorgung der Bevölkerung wird behindert. 40 Jahre Besatzung machten aus Israel eine Kolonialmacht, die mit rassistischer Politik ein Apartheidsystem schuf. Beides erstickt das ökonomische Entwicklungspotential Palästinas.“ („Vorwärts“)

Der Bau der Trennmauer reduzierte das den Palästinensern vom ursprünglichen Palästina verbleibende Land auf 22%! Unter anderem durch die Schaffung einer Großraums Jerusalem soll es um ein weiteres Drittel reduziert werden. Die Politik des Landraubes geht also weiter. Die Westbank ist in drei eingezäunte Ghettos zerstückelt. Sie gleichen abgeschnittenen und umzingelten Kantonen. Selbst dort bleiben israelische Enklaven und Siedlungen. Die Zahl der „Siedler“ soll 400.000 betragen. Der Siedlungsbau ist immer mit einer weiteren Wegnahme von Wasserstellen verbunden. Da in Zukunft die Wasserfrage im Nahen Osten zur Lebensfrage werden wird, gibt es schon schrille Stimmen in Israel, die betonen, das Wasser könne nicht mehr für zwei Völker ausreichen. Haussprengungen, Unterdrückung, Schikanen sind an der Tagesordnung, wie auch das Niederwalzen von palästinensischen Olivenplantagen. Die erbärmlich dahinsiechenden Menschen, die kaum mehr über Löhne verfügen, müssen die Pulverisierung ihrer Region hinnehmen.

Das UN-Büro zur Koordinierung humanitärer Angelegenheiten hat eine Dokumentation veröffentlicht, für die sich im Westen niemand interessierte. „Demnach wurden in der palästinensischen Stadt Nablus zwischen 2000 und 2005 genau 522 Menschen bei Razzien und Aktionen der israelischen Militärs getötet, darunter 80 Kinder. 3.104 wurden verletzt.“ (Aus einem Leserbrief der NN.) Soviel zu Ursache und Wirkung.

Unsere Solidarität gilt den wirklich linken Kräften in Israel und in den arabischen Ländern und der israelischen Friedensbewegung. Mit nationalistischen oder reaktionären arabischen Gruppen kann es keine Verbrüderung geben.



Umverteilung nach alten Rezepten

Nun also ist er da: Der Aufschwung! Sinkende Arbeitslosenzahlen, Steigendes Bruttoinlandsprodukt (BIP) – allerdings nur in Prognosen – und steigender Konsum im Inland.

Seltsam nur: Die Große Koalition, deren Parteien sich dies begeistert an ihre Fahnen heften, verliert weiterhin an Ansehen in der Bevölkerung; wenn man den Meinungsumfragen trauen darf (was man allerdings nur mit großer Vorsicht tun sollte). Ist das nur „typisch deutsche“ Miesmacherei? Oder beurteilen die meisten der Lohnabhängigen, Rentner, Erwerbslosen die Konjunktur eher nach ihrem eigenen Geldbeutel als nach den Jubelrufen der Koalitionspolitiker und ihrer Medien?

Viel Jubel - wenig Substanz

Was sind die Ursachen der z. Zt. scheinbar günstigen Entwicklungen?

Der Export stieg weiter. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhte er sich um 13 % im ersten Halbjahr 2006. Zur Zeit allerdings schwächt sich die Zunahme wieder ab. Die US-Konjunktur schwächt. Doch der „Standort“ ist noch konkurrenzfähiger geworden – zu Lasten der Lohnabhängigen (vgl. Grafik 1).

Einige Branchen, z. B. der Maschinenbau stellen wieder ein, weil die Auslandsaufträge nicht mehr allein durch Überstunden und Arbeits-

hetze zu bewältigen sind. Die Kehrseite der Medaille: Die Reallöhne in Deutschland sind seit Mitte der 1990er Jahre stetig gesunken, Vollzeitarbeitsplätze wurden weitgehend durch Teilzeit- und Minijobber ersetzt, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sank seit 1992 um 3,2 Millionen (vgl. Grafik 2).

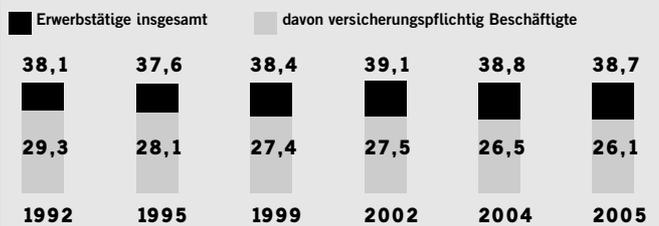
Ausbeutungsgrad und damit Mehrwertmasse und -rate sind gestiegen. Zumindest bei den exportorientierten transnationalen Konzernen und Teilen der mittleren Unternehmen stieg auch die Profitmasse. Das steigerte ausgewiesene Bilanzgewinne und Börsenkurse – auch die Steuereinnahmen. Rationalisierung allerdings hat ihren Preis. Robotik vor allem in der Autoindustrie oder verstärkte Vernetzung von Vertriebs- und Verwaltungstätigkeit im Bank- und Versicherungsbereich (Hard- und Software) vermehren das konstante Kapital stärker als das variable, das zudem durch Restrukturierung, d. h. Entlassungen und Reallohnkürzung weiter verringert wird. Eine Steigerung der Profitraten ist deshalb gering oder nicht gegeben. Damit hat das Kapital kaum Anreize für Erweiterungsinvestitionen, die eventuell neue Arbeitsplätze schaffen würden.

Gleichzeitig stagniert mittelfristig immer noch die Kaufkraft der Masse der Bevölkerung. Die Fußballweltmeisterschaft hat sich nicht als der große Konsum-Motor erwiesen. Fernseher, Bier und Verkehrsdienstleistungen wurden zwar vermehrt nachgefragt, aber das macht nach neueren Schätzungen gerade mal 0,4 % des jährlichen BIP aus. Das ist ein einmaliger Effekt. Arbeitsplätze entstanden zwar während der Spie-

le, doch nicht auf Dauer. Verbesserte Auftrags- und damit Beschäftigungslage in der Bauindustrie läßt auf vorgezogene Sanierungs- und Instandhaltungsaufträge wegen der Umsatzsteuererhöhung ab 1. 1. 2007 schließen. Auch bei langlebigen Konsumgütern (Autos, Möbel usw.) sind vorgezogene Bestellungen zu erwarten bzw. zeichnen sich schon ab.

Doch für einen auch nur mittelfristigen Aufschwung des Konsums wird das nicht reichen. Vorgezogener

Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland 1991 bis 2005 (in Millionen)



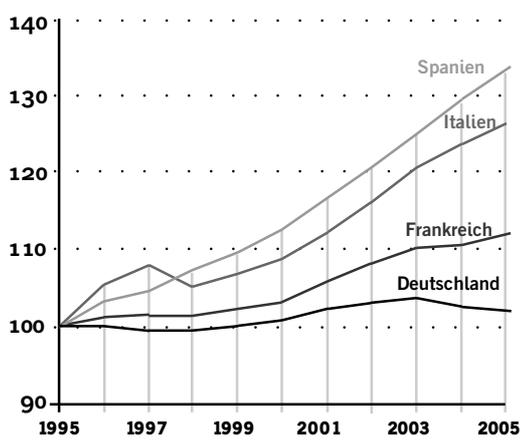
Grafik 2

Konsum ist nicht zusätzliche Nachfrage. „Auf die Welle folgt die Delle“ ist ein alter Kaufmannspruch. Den geringen Beschäftigungsimpulsen durch Export- und inländische Konsumsteigerung wirkt nach wie vor die Rationalisierung und die Intensivierung der Arbeit entgegen. Die Lohnkonkurrenz aus Asien und Osteuropa besteht fort und damit auch der Arbeitsplatzexport. Deshalb sind die Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit gering.

Aufschwung und deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit sollten und sollen die Umverteilung von unten nach oben auch in dem Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung (also den Betroffenen) legitimieren. Aber weder Riester-Rente noch Eichels Steuerreform und schon gar nicht die Hartz-Gesetze konnten die Arbeitslosigkeit nennenswert verringern. Das scheint auch zunehmenden Teilen der Wählerschaft bewußt zu sein.

Aber die jetzige Regierung der Wahlverlierer von 2005 setzt unverändert auf die alten ideologischen Rezepte. Wo die Wirklichkeit nicht mit der Ideologie des Neoliberalismus übereinstimmt, muß die Wirklichkeit der Ideologie angepaßt werden.

Entwicklung der Lohnstückkosten im Vergleich; Index 1995 = 100



Grafik 1

Die Massenkaufkraft nimmt durch „moderate“ Lohnerhöhungen bzw. sogar Absenkungen (Teile des öffentlichen Dienstes), die Teuerung, die Ausweitung des Niedriglohnbereichs unverändert ab.

Folge: Die Arbeitslosigkeit bleibt auf hohem Niveau. Zwar ist per Ende Juli eine leichte Abnahme in der Statistik zu verzeichnen (vgl. Grafik 3). Doch die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ist nur sehr bedingt gegeben: So werden die 1-Euro-Jobber (rd. 250.000) nicht mehr als Arbeitslose gezählt, so fallen durch bessere Aktualität der Software mehr Kranke aus der Statistik, da sie ja dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, so erschei-

te der neunziger Jahre ständig verschlechtert.“ Das stellt der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD zutreffend fest (S. 75). Nicht nur absolut sondern auch im Verhältnis zum BIP steigt die Staatsverschuldung kontinuierlich an (vgl. Grafik 5).

Mehrwertsteuer

Der Haushaltssanierung für Bund und Länder soll in erster Linie die Erhöhung des Umsatzsteuersatzes von 16 auf 19% (Regelsatz) zum 1.1.2007 dienen. Daß die Mehreinnahmen teilweise zur Senkung von Sozialbeiträgen verwendet werden sollen, ist in letzter Zeit nur noch zur Arbeitslosenversicherung aber sonst nicht mehr zu hören.

Diese indirekte Steuer trifft besonders die Bezieher niedriger Einkommen, die den größten Teil ihres Geldes für den Konsum ausgeben müssen; sie trifft am wenigsten diejenigen, die große Teile

ihrer hohen Einnahmen „sparen“, d.h. ohne Mehrwertsteuer in Immobilien, Finanzanlagen u. a. anlegen können.

Die Mehrwertsteuererhöhung verteuert die Preise (Ausnahme: Waren die dem ermäßigten Steuersatz unterliegen, z. B. die meisten Lebensmittel) und heizt damit die allgemeine Teuerung zusätzlich an. Auch mit vorgezogenen Preiserhöhungen ist zu rechnen, wenn Unternehmen glauben, diese durchsetzen zu können. Die Erhöhung verringert die Massenkaufkraft und wirkt steigendem Konsum, der Realisierungsmöglichkeit für zusätzlich erzeugte Waren im Inland und damit der Bereitschaft der Unternehmer zu Erweiterungsinvestitionen, bei denen auch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können, entgegen (vgl. auch Arbeiterstimme Nr. 152, S. 5, „Die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung“). Sie ist ein wesentlicher Teil weiterer Umverteilungspolitik von unten nach oben. Sie trägt dazu bei, die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen.

„Steuervereinfachung“

Gleichzeitig werden „Privilegien“ abgebaut. Die Pendlerpauschale wird nur noch bei Entfernungen zum Arbeitsplatz von mehr als 20 km steuermindernd anerkannt. Nun müssen die Fahrtkosten zur Arbeitsstätte unter 20 km einzeln nachgewiesen werden. In vielen Fällen wird das zu höherer Lohnsteuer, also zur Verringerung des Nettolohns führen. Die so oft beschworene Mobilität und Flexibilität der Lohnabhängigen wird wieder mal bestraft.

Lohnzuschläge für Sonn- Feiertags- und Nacharbeit waren bisher von Sozialversicherungsbeiträgen befreit. Ab 1. 7. gilt dies nur noch bis zu 25,- Euro/Stunde.

Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld (Alg) 2

Unverheiratete Arbeitslose unter 25 Jahren werden in die Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern gezwungen. Einkommen (einschließlich Kindergeld) und eventuelle Ersparnisse der Eltern werden häufig die Verweigerung des Alg 2 an die jungen Arbeitslosen bedeuten. Außerdem gibt es nur noch 80% des Regelsatzes für diese jungen Arbeitslosen.

Zwar sind Eltern ihren Kindern gegenüber nach dem Bürgerlichen

Arbeitslose und offene Stellen im Vergleich Juni-Juli 2006

	Arbeitslose	Quote	Offene Stellen*
Juni	4 397 158	10,5 %	580 683
Juli	4 386 143	10,5 %	627 343

Grafik 3 *bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Stellen

nen ca. 170.000 Langzeitarbeitslose nicht mehr in den Zahlen der Bundesagentur, weil sie (noch) keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld 2 haben (z. B. wenn ihre Ersparnisse noch über den Grenzen von Hartz IV liegen u. a.). Das alles macht sich sehr hübsch in der Statistik – es ändert aber nichts an der hohen Erwerbslosigkeit, an der zunehmenden Verarmung großer Teile der Bevölkerung (wenn auch auf höherem Niveau als in den 1920er und 1930er Jahren), und es ändert nichts an den langfristig sinkenden Einnahmen des Staats und der Sozialkassen.

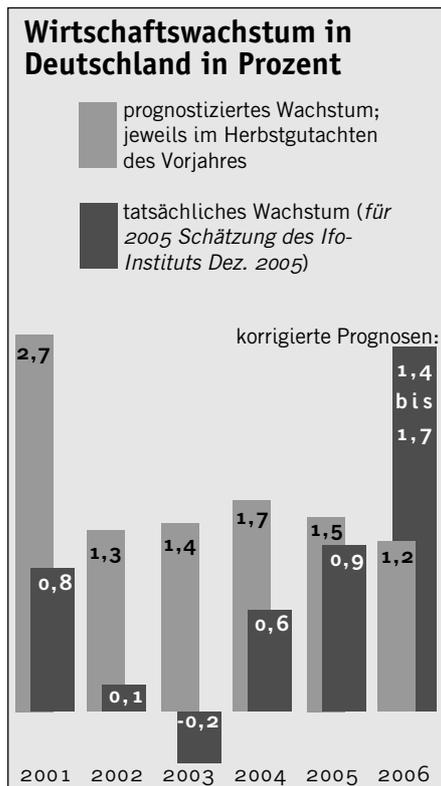
Die meisten Wirtschaftsinstitute versuchen dem Kapital und seiner Regierung beizuspringen, indem – streng wissenschaftlich natürlich – ständig der Aufschwung und sinkende Arbeitslosenzahlen prognostiziert werden. Doch auch das nutzt sich ab (vgl. Grafik 4).

Im folgenden wird auf die bereits beschlossenen, teilweise am 1. 7. 2006 in Kraft getretenen Umverteilungsmaßnahmen eingegangen.

Haushaltsergänzungsgesetz

„Die Lage der Haushalte von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen hat sich seit Mit-

Grafik 4



Gesetzbuch schon bisher unterhaltspflichtig (und umgekehrt). Doch wurde diese Gesetzeslage bis jetzt auf Arbeitslosenhilfe bzw. Alg 2 nicht angewandt. Mit „Einsparungen“ beim Alg2 zu Lasten junger Arbeitsloser ist zu rechnen. Diese Regelung trat auch zum 1.7.2006 in Kraft. Wenn sie sich bewährt, wird sie vermutlich auf die gesetzliche Unterhaltspflicht ohne Altersbeschränkung ausgeweitet. Äußerungen von Unionspolitikern weisen jedenfalls darauf hin. Der Charme für die Koalition: Gesetzesänderungen sind dazu nicht notwendig. Erlasse an die Arbeitsagentur genügen.

Die Anhebung des Alg2-Regelsatzes in Ostdeutschland auf bundesweit einheitlich 345,- Euro wird dadurch tendenziell aufgewogen – wenn nicht schon jetzt; dann in Zukunft.

Die schikanösen Kontrollen der Hartz IV-Empfänger sollen beträchtlich verschärft werden. Die Beweislast wird umgekehrt. Wer mit einer anderen Person eine Wohnung teilt, muß nachweisen oder zumindest glaubhaft machen, daß er/sie nicht eine Bedarfsgemeinschaft bilden. Auf gut deutsch: Daß sie nicht miteinander schlafen.

Zu teure Wohnungen werden nicht mehr bezahlt. Billigere Wohnungen sind oft schwer oder gar nicht zu finden. Bei „zu hohen Mieten“ wird das Alg2 entsprechend gekürzt.

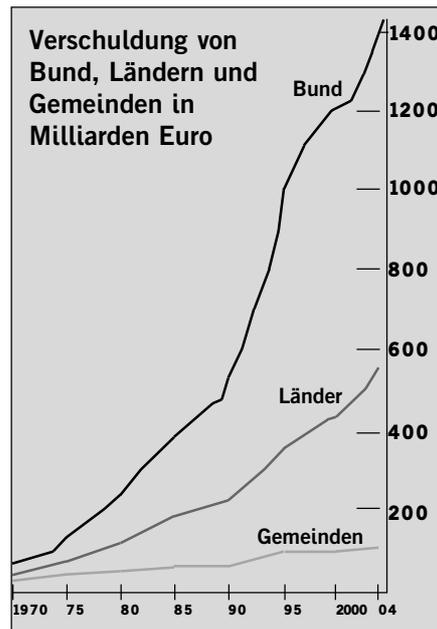
Privatisierungen

Der anstehende Börsengang der Bahn AG, mit oder ohne Schienennetz, ist nur die größte aber nicht die einzige Verkaufsaktion von Staatsvermögen. Größere Aktienpakete der Post AG, bisher von der KfW gehalten, wurden verkauft. Wohnungsbestände von Bund, Sozialkassen, Ländern und Gemeinden werden versilbert – meist an internationale Fonds (vulgo: Heuschrecken). Das Finanzkapital sucht Anlagemöglichkeiten im produktiven bzw. Dienstleistungsbereich. Die Akkumulationschwäche im produktiven Bereich schafft „anlagesuchendes“ (fiktives) Kapital.

Neben Privatisierung von staatlichem Vermögen nimmt auch PPP (Public-Private-Partnership), d. h. Übernahme bisher staatlicher Aufga-

ben, z. B. Verwaltung von Gefängnissen, zu. Damit wird die Verwertungssphäre des Kapitals ausgeweitet, neue Felder der Mehrwertproduktion werden erschlossen. Aus fiktivem Kapital wird fungierendes Kapital.

Gegen die Haushaltslöcher des Staats hilft das allerdings nur vorübergehend. Solange die Unternehmen kontinuierlich von Steuern und Abgaben freigestellt und weiter subventioniert werden und gleichzeitig die Zahl und das Einkommen der steuerzahlenden Lohnabhängigen



Grafik 5

abnimmt, können die Verkaufserlöse nur kurzfristig Löcher stopfen aber die Haushalte nicht nachhaltig konsolidieren.

Außerdem werden Einnahmen der öffentlichen Hand abgeschafft; für die Bevölkerung ist mit erheblichen Nachteilen zu rechnen. Zum Beispiel führte die Privatisierung der Energiekonzerne nicht allein zu kräftigen Preiserhöhungen, weil die Gebietsmonopole wegen der konzerneigenen Leitungsnetze erhalten blieben. Auch die Versorgungssicherheit für die „Kunden“ nahm ab und wird weiter abnehmen.

Bei Einrichtung der staatlichen Betriebe in der Vergangenheit wollte der Staat einerseits Bedürfnisse der Bevölkerung absichern. Andererseits spielten Militärische Gesichtspunkte (Bahn und Post), Einfluß auf Bildungsinhalte (Schulen und Universitäten), Schutz vor Seuchen (Wasserversorgung und Abwasserentsor-

gung) eine ausschlaggebende Rolle, die nun immer mehr aufgegeben wird. Die Belastung der Konsumenten beschränkte sich früher in der Regel auf den Kostpreis der Leistungen (d. h. „...ein bloßes Äquivalent oder ein Ersatzwert in Ware für den in den Produktionselementen verausgabten Kapitalwert $c + v$.“ Marx, Kapital Bd. 3, Kap. 1).

Für die privatwirtschaftlichen Fonds und Konzerne spielen die o. g. Gesichtspunkte keine oder bestenfalls eine nachgeordnete Rolle. Marktpreise (teilweise Monopolpreise) statt Kostpreise belasten die Konsumenten. Aus Produktion für ein „bloßes Äquivalent“ wird Waren- also Mehrwertproduktion. Kurzfristige und maximale Erhöhung der Profite auch zu Lasten der Substanz sind angesagt. Selbst wenn Mietern nur begrenzte Mieterhöhungen versprochen werden, bleiben Nachteile: Bei den Wohnungen ist eine Reduzierung der Instandhaltung zu erwarten. Bei Bahn und Wasser zeigen Beispiele aus England (das uns dank der Dame Thatcher um einige Jahre voraus ist), wie die Shareholder Schienennetz und Wasserleitungen so verrotten ließen, daß neuerliche Eingriffe des Staates auf Kosten der Steuerzahler unumgänglich wurden, obwohl doch eigentlich der Markt, das mystische Wesen, alles zum Besten reguliert.

Die o. g. „Reformen“ – also Verschlechterungen für Lohnabhängige, Rentner und Arbeitslose sind seit dem 1. Juli in Kraft. Weitere werden folgen. Bei der Darstellung der Gesundheits- und der Unternehmenssteuer-„reform“ müssen wir uns auf Grundsätzliches beschränken – soweit es bis heute absehbar ist. Erst im Herbst sind konkrete Gesetzentwürfe zu erwarten. Auf die diversen Rülpsen im Sommertheater der Politiker einzugehen, wäre ohnehin Zeitvergeudung. Konkrete Einzelheiten sind z. Zt. in der Diskussion bzw. werden als Versuchsballons losgeschickt, um Reaktionen in der Öffentlichkeit bzw. bei den Betroffenen zu erkunden. Wir werden an dieser Stelle noch nicht darauf eingehen, da die Koalitionäre noch nicht einig sind, und da auch öffentliche Proteste der Betroffenen eine Rolle dafür spielen könnten, wie scharf die Gesetzesänderungen gestaltet werden.

Gesundheitswesen

Am auffälligsten bei den bisher öffentlich gewordenen Vorstellungen und Plänen zur Gesundheits„reform“ ist, wie die Ursachen des Defizits unter dem Teppich gehalten werden. Der Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (siehe Grafik 2) und der Rückgang der Reallöhne, die Ursache zurückgehender Einnahmen auch der Krankenkassen sind, werden ignoriert. Ebenso verhält es sich bei den Ausgaben. „Kaum ein Land gibt so viel für die Gesundheitsversorgung aus wie Deutschland – mit kläglichem Ergebnis“ (Spiegel 27/2006, S. 18). Doch steigende Kosten für Medikamente und medizinische Geräte werden in diesem „Reformwerk“ nicht erwähnt. Weder durch eine Positivliste für Medizin noch durch bessere Auslastung teurer Geräte wird versucht, den Ausgabenzuwachs zu begrenzen (siehe Grafik 6).

So sind die gesetzlichen Krankenkassen nicht zu sanieren. ½ Prozent Steigerung der Krankenkassenbeiträge – wie bis jetzt vorgesehen – wird bestenfalls kurzfristig die Defizite abdecken. Das weiß auch die Regierung. Doch Pharmalobby und Geräteindustrie haben sich offensichtlich wieder einmal durchgesetzt.

Die Preise gerade für häufig verordnete Medikamente sind in Deutschland markant höher als im Ausland. Einige Beispiele zeigt Grafik 7. Mit dem Aufwand für medizinische Forschung, wie es die Pharmaindustrie darstellt, ist das nicht zu erklären.

Daß die Ärzte nun mehr medizinische Wirkstoffe und weniger Marken-Medikamente verordnen, soll die Kosten bedeutend senken. Da sind die Pharmareferenten der Industrie vor.

Die Gerätekosten steigen ebenfalls rasant: „In Deutschland stehen mehr Geräte zur Positronen-Emissions-Tomografie, mit denen Krebspatienten durchleuchtet werden können, als in Frankreich, Italien, Großbritannien und Spanien zusammen.“ (Spiegel 27/2006, S. 27) Das teure Gerät muß natürlich so häufig wie möglich eingesetzt und an Krankenkassen und/oder Patien-

ten abgerechnet werden, damit es sich amortisiert. Mehr Markt soll helfen? Der Gesundheitsmarkt ist nicht frei, die Kunden (Patienten) haben viel zu wenig Wissen, um für sich die besten **und** billigsten Behandlungen, Arzneien usw. auszuwählen. Sie müssen den Ärzten vertrauen – sie sind ihnen ausgeliefert und damit dem Geflecht aus Industrie, Kassen und Ärzten. Das kostet (siehe Grafik 8), aber gesünder sind die Deutschen deshalb nicht. Die Lebenserwartung liegt gerade mal im

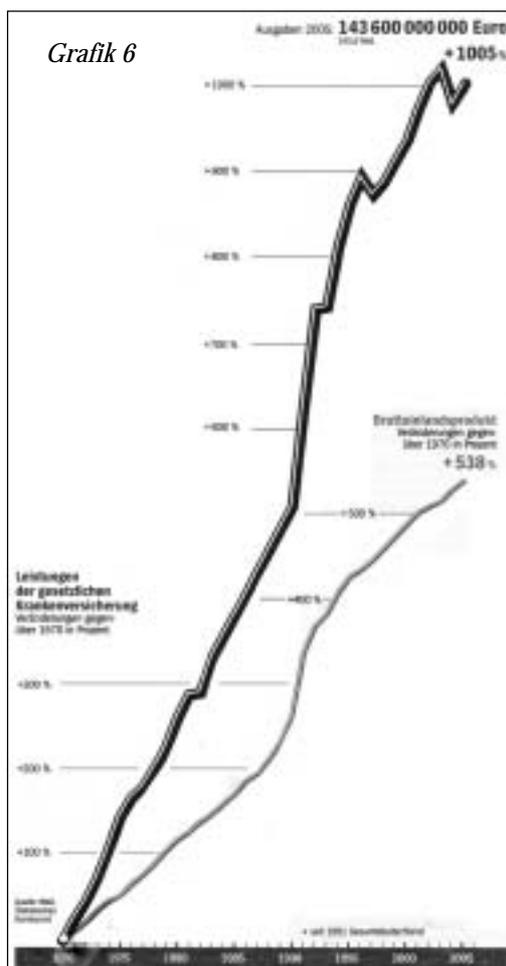
Durchschnitt der europäischen Länder.

Komplizierte Abrechnungsverfahren, mangelnde Transparenz gegenüber den Patienten und Geschenke der Industrie an Ärzte und Apotheken fördern Abrechnungsbetrug und Korruption. Darüber gibt es naturgemäß keine genauen Zahlen. Experten schätzen die Schäden dadurch auf einige Milliarden Euro.

Eine Gesundheitsreform, die diesen Namen verdienen würde, müßte in dieses Geflecht der Profiteure eingreifen, um überflüssige Kosten zu sparen. Die Lobbies würden aufschreien. Dieser Koalition ist nicht zuzutrauen, daß sie dem Druck (und Spendenentzug) der beteiligten Industrieverbände standhalten würde.

Es wird deshalb Subventionen aus Steuermitteln geben. Zunächst ist daran gedacht, die Behandlungskosten von mitversicherten Kindern aus Steuern zu finanzieren. Das wird Privatversicherte entlasten, die ja jetzt für versicherte Kinder Prämien zahlen müssen, während bei gesetzlich Versicherten Kinder und nicht sozialversicherungspflichtig arbeitende Ehepartner kostenlos mitversichert sind. Ob auch die Kassen für gesetzlich Versicherte entsprechende Zahlungen aus Steuermitteln für Kinder erhalten werden, bleibt vorerst offen. Steuern und Wegfall von Kassenleistungen wird die Politik der Großen Koalition auf dem Gesundheitsmarkt nach aller Voraussicht sein. Das ist teilweise – soweit es Steuerzahlungen betrifft – populär und läßt die Profite der Gesundheitsindustrie ungeschoren.

Unklar ist bis jetzt die Rolle, die dem geplanten Gesundheitsfonds zugeordnet ist. Dieser soll sowohl die Kassenbeiträge der gesetzlich Versicherten einsammeln, ebenso die Zuschüsse des Staats aus Steuermitteln und das alles an die Kassen verteilen. Die Einnahmeseite der gesetzlichen Krankenversicherung wird so zusammengefaßt, die Ausgabeseite (Abrechnung mit Ärzten, Krankenhäusern usw.) bleibt bei den 251 gesetzlichen Krankenkassen. Das soll Verwaltungskosten sparen? Es mag sein, daß Arbeitsplätze bei den Kassen verloren gehen, also



Apothekenverkaufspreise ausgewählter Medikamente		
	Deutschland	Griechenland
Aspirin 20 Tabletten Schmerzmittel	4,64 €	0,50 €
Fenistil Tropfen, 20 ml, gegen Juckreiz	6,45 €	1,27 €
	Deutschland	England
Betaferon 15 x 3 Ampullen, bei Multipler Sklerose	1364,25 €	900 €

Grafik 7

Kosten zu Lasten von Beschäftigten gespart werden. Doch der Aufbau einer Parallelbürokratie zu den Kassen wird insgesamt gewiß nicht billiger kommen.

Ursprünglich sollten defizitäre Kassen zusätzlich zu den normalen Beiträgen Pauschalzahlungen von „ihren“ Versicherten verlangen können. Diese „kleine Kopfpauschale“ soll nun (vorläufig?) nicht kommen.

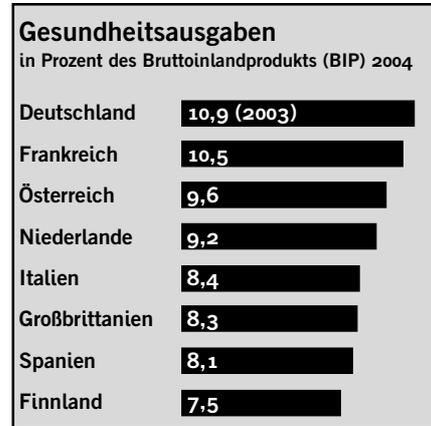
Zur Zeit wird eine Abnahme der Defizite der Sozialversicherungen bzw. ein Überschuß bei der Arbeitslosenversicherung festgestellt. Aufschwung auch hier? Die geringe Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wirkt sich dabei auch aus. Vor allem aber hat das Jahr 2006 13 Monate – jedenfalls was die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge („Arbeitgeber- und Arbeitnehmer“-Anteile) an die jeweiligen Sozialkassen betrifft. Das rührt daher, daß die Unternehmen seit 1. 1. 2006 diese Beiträge am Anfang und nicht am Ende des Monats abführen müssen. Ein einmaliger Effekt, der die allgemein sinkende Tendenz nur vorübergehend aufhebt.

Die gesetzlichen Krankenkassen betreiben Obstruktion um den Gesundheitsfonds zu verhindern, der ihre Befugnisse einschränken würde. Wir halten für möglich, daß dieser Teil der „Reform“ nicht nur von Anfang 2007 auf Mitte dieses Jahres oder noch später verschoben, sondern ganz gekippt wird. Es wäre nicht schade darum.

Damit wären die CDU-Vorstellungen einer Kopfpauschale wieder weiter von ihrer Verwirklichung entfernt. Ein einheitlicher Betrag pro gesetzlich Versichertem könnte mit wenig Aufwand eingetrieben werden – besonders dann, wenn die „Arbeitgeber“-Beiträge durch Steuermittel oder entsprechende Höhe der Kopfpauschale bzw. noch weitergehendem Wegfall von Versicherungsleistungen (Rauchermalus, Sportunfälle u. a.) wegfallen würden. Das wäre das Ende der (ohnehin durch diverse Zuzahlungen arg durchlöchernten) Parität bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Den Unternehmerverbänden würde das gefallen – wäre es doch ein willkommenes Beispiel für die übrigen Zweige der Sozialversicherung. Die Neoli-

beralen werden die Senkung der „Lohnnebenkosten“ bejubeln, von denen bekanntlich alles Übel herkommt.

Es mag verfrüht sein, über so weitreichende Folgen heute schon



Grafik 8

zu spekulieren. Doch Weichen werden frühzeitig gestellt und nur so bekommt dieser Gesundheitsfonds einen Sinn.

Unternehmenssteuern (einschließlich Erbschaftsteuer für Unternehmen)

„Deutschland muß auch in Zukunft im internationalen Steuerwettbewerb bestehen können. Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode zum 1. Januar 2008 das Unternehmenssteuerrecht grundlegend fortentwickeln und international wettbewerbsfähige Steuersätze realisieren.“ (Koalitionsvertrag S. 80)

Steuern sind nach neoliberaler Vorstellung sowieso Teufelswerk, weil sie die Verwertung des Kapitals beeinträchtigen und das freie Spiel der Marktkräfte behindern. Ganz ohne geht es aber doch nicht. Unter anderem weil auch die Um- und Ausrüstung der Bundeswehr für weltweite Einsätze, v. a. zur wirklichen oder vermeintlichen Sicherung von Ressourcen bezahlt werden muß. Doch müssen Steuern für Unternehmer wenigstens durch die Konkurrenz der Staaten untereinander um Ansiedlung oder Verbleib von Kapital niedrig gehalten werden.

Das hängt aber nur teilweise von der Höhe der Steuersätze und mindestens ebenso von den Möglichkeiten ab, den steuerpflichtigen Ertrag zu beeinflussen. Das betrifft Abschreibungen, Rückstellungen u. a.

die diesen steuerpflichtigen Gewinn nach unten drücken. Die absolute Höhe der Körperschaftsteuer in Prozent (die Kapitalgesellschaften zahlen müssen) ist in Deutschland tatsächlich höher als in manchen anderen Industriestaaten. Abschreibungen u. a. sind allerdings auch höher. Vergleichbar sind die Steuern in den Ländern der G8-Staaten nur sehr bedingt. Natürlich wird die Industrie in jedem Nationalstaat ihre Regierung unter Druck setzen, Einzelheiten des Steuerrechts, die tatsächlich oder vorgeblich in andern Staaten günstiger sind, an diese günstigeren Sätze anzupassen. „Kapitalgruppen und ihre Unterstützer in Washington beklagen, daß die Vereinigten Staaten höhere Steuersätze auf Profite von Kapitalgesellschaften erheben als fast alle industrialisierten Länder.“ (New York Times International v. 24. 7. 2006, eigene Übersetzung)

„Konkurrierende Gesellschaften mit Sitz im Ausland arbeiten unter Steuergesetzen, die oft günstiger sind als unsere,“ (...) „das bestehende Recht kann zu Zuständen führen,

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In akt. Ausgabe (7-8/06) u.a.:

- ◆ Kirsten Huckenbeck: »PIN AG – Prekarisierung (nicht nur) im Norden«
- ◆ Christa Sonnenfeld: »Gauger auf der Regierungsbank«, Proteste kleiner Gruppen
- ◆ Ulrich Franz: »Mitverantwortung – wofür?«, kapitalkonforme Interessenvertretung...
- ◆ WSI-Dokumentation: »Abschluss für Anschluss?«, Langzeitkonten und Entgeltvariabilisierung
- ◆ Achim Neumann: »Export-Schlager«, Lidl-Kampagne auf »Europäischem Sozialforum«
- ◆ Nadja Rakowitz: »Klassenloses Krankenhaus«, soziale Infrastruktur und Gesundheitsversorgung
- ◆ Donna McGuire: »WorkChoices ...«, Australiens Arbeitsgesetzgebung als Prototyp neoliberaler Konterrevolution

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62- 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

die die Wettbewerbsfähigkeit von US-Gesellschaften beeinträchtigen.“ (ebd.) Man glaubt, Äußerungen führender Verbandsvertreter der deutschen Industrie zu hören. Natürlich werden auch im Ausland - streng wissenschaftliche - Tabellen erstellt (siehe Grafik 9).

Mit einer Angleichung der Steuersysteme in den Industrieländern ist nicht zu rechnen. Warum sollten die transnationalen Konzerne das zulassen? Sie profitieren doch davon. Auch die geplante Unternehmenssteuer-„reform“ soll zu einer weiteren Steuerentlastung für das Kapital führen. Müntefering spricht in einem Interview von 5 Milliarden Euro jährlicher Entlastung für die Unternehmer. (Spiegel v. 21. 8. 2006, S. 32). Das ist zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr als eine Hausnummer. Schon bei Eichels Steuer-„reform“ wurden die Einnahmeverluste deutlich unterschätzt (ob aus Unfähigkeit oder bewußt, sei dahingestellt).

Eine Vereinfachung des Steuerrechts wird angekündigt. Das läßt Böses ahnen. Bisher hat noch jede Vereinfachung zu weiterer Komplizierung des ohnehin schon völlig unübersichtlichen Steuerrechts geführt.

Der Ausgleich für die Entlastung der Unternehmen für den Staatshaushalt liegt in den Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und den Abbau von Vergünstigungen für die Lohnabhängigen (siehe oben). Das ist die Logik der bisherigen wie der geplanten Reformpolitik der großen Koalition: Umverteilung von der Arbeiterklasse zum Kapital.

Kündigungsschutz

Im Herbst soll dieses Thema angepackt werden. Angeblich sollen die Unternehmer Arbeitslose in gro-

ßer Zahl einstellen, wenn sie keine teuren Abfindungen bei Entlassungen zahlen müssen. Wahrscheinlicher ist ein „Drehtüreffekt“: Teure Altbeschäftigte raus; billige Teilzeitbeschäftigte oder Niedriglöhner rein! Über die Modalitäten einer Gesetzesänderung wollen die Koalitionäre noch verhandeln.

Rentenklau

Das reguläre Eintrittsalter in die gesetzliche Rente soll von 65 auf 67



Jahre angehoben werden. Schon jetzt erreichen nur wenige Lohnabhängige das 65. Lebensjahr in einem Arbeitsverhältnis. Die weitaus meisten müssen für vorgezogene Renten deutliche Abschläge hinnehmen.

Durch die Heraufsetzung des Rentenalters wird dies noch verstärkt. Das geplante Gesetz ist also in Wirklichkeit ein Rentenkürzungsgesetz.

Wie geht es weiter?

Mangelnde Reformfähigkeit werfen die Industrieverbände vor allem der CDU/CSU vor. Natürlich geht die bisherige Umverteilung dem Kapital nicht schnell und weit genug. Doch scheinen die Koalitionsparteien aus den letzten Wahlen, insbesondere der Bundestagswahl, soviel gelernt zu haben, daß mit allzu offenem Sozialraub weitere Verluste an Mitgliedern und Wählerstimmen kaum verhindert werden könnten. Herr Rüttgers, Ministerpräsident von NRW und Gewinner der Landtagswahl im Mai 2005, die den Agenda-Schröder zu Neuwahlen trieb, reklamiert gar die CDU als soziale Partei. Das ist wenig glaubhaft - glaubhaft ist aber, daß die CDU ein zumindest verbales Alibi gut gebrauchen kann. Deshalb wohl auch das hin und her bei der Gesundheits„reform“. Das wird den Fortgang der Umverteilungspolitik höchstens verzögern aber nicht verhindern.

Wichtig für die Linken ist, den Unwillen der Lohnabhängigen, Rentner und Erwerbslosen über die Wahlen hinaus zu aktivem Widerstand weiterzuentwickeln. Ein Anlaß könnten die vom DGB geplanten Demonstrationen am 21. 10. d. J. werden - wenn es nicht allein bei diesen bleibt. Aktiver Widerstand der Betroffenen ist nicht nur wirkungsvoller als der Wahlzettel; er könnte auch zu einer dringend nötigen Stärkung des subjektiven Faktors - also zu stärkerem Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse beitragen. Wir sollten das nach Kräften unterstützen.

Stand: 1. 9. 2006

Körperschaftssteuer im Vergleich				
	bereinigte Körperschaftssteuer-Rate für ausgewählte Länder 2005	Körperschaftssteuer als Prozentsatz von...		
		BIP	Gesamtsteueraufkommen	
Frankreich	35,0 %	2,5 %	5,7 %	
Italien	33,0 %	2,9 %	6,6 %	
USA	32,7 %	2,1 %	8,1 %	
Großbritannien	30,0 %	2,8 %	7,8 %	
Japan	28,0 %	3,3 %	13,0 %	
Kanada	22,1 %	3,5 %	10,4 %	
Deutschland	21,9 %	1,3 %	3,5 %	

Grafik 9, aus New York Times International v. 24. 7. 2006

„850 Gegendemonstranten auf 4500 Nazis sind ein Armutszeugnis“

„850 Gegendemonstranten auf 4500 Nazis sind ein Armutszeugnis“, bewerteten die Dresdner Neuesten Nachrichten (DNN) die Aktivitäten gegen das Pressefest der „Deutschen Stimme“, dem Organ der NPD, in Dresden-Pappritz am 5. August 2006. Recht hat der Kommentator der DNN. Doch es war nicht nur ein Armutszeugnis für die Dresdner Bevölkerung, sondern vor allem für die politischen Akteure in Parteien und Organisationen die alle „Anständigen“, immer dann zum „Aufstand“ aufrufen, wenn sich Aktivitäten des braunen Abschaums nicht mehr vertuschen lassen und dadurch die Gefahr besteht, dass Flecken auf dem doch so „demokratischen Deutschlandbild“ entstehen. Diesen Kreisen wäre es am Liebsten, wenn man das Erstarren des Faschismus in Sachsen unter den Teppich kehren könnte und über die braunen Aktivitäten nicht berichtet würde.

Das „Pressefest“ der NPD in Dresden war keine unbedeutende Veranstaltung der Faschisten, sondern in deren politischer Planung eine Sache von strategischer Priorität. In diesem Jahr fand es in Dresden, auf dem Privatgelände eines Unternehmers statt. Es war das fünfte „Fest“ seiner Art. Die Faschisten haben bisher die „Feste“ so angelegt, dass über das eigentliche Parteispektrum die gesamte faschistische Rechte angesprochen wird, insbesondere DVU und die „freien Kameradschaften“. So traten jetzt in Dresden neben dem Parteivorsitzenden Udo Vogt und dem Landesvorsitzenden Apfel auch DVU-Vorstandsmitglieder auf. Es gab Vorträge und Lesungen, so zum Beispiel mit einem Freiwilligen der Waffen-SS. Daneben sollte die Veranstaltung „Volksfestcharakter“ bekommen. Volkstanz- und -musik, „Liedermacher“ und natürlich Skinhead-Musikgruppen standen auf dem Programm. Nach eigenen Angaben erwartete die NPD rund 4000 Teilnehmer zu der Veranstaltung. Der Verfassungsschutz ging dagegen, nach-

dem die NPD bundesweit mobilisierte, von bis zu 7000 Teilnehmern aus. Von den bisher fünf stattgefundenen „Pressefesten“ fanden bislang drei im Osten der Republik statt. Besuchten im Jahre 2001 ca. 1500 Nazi die Veranstaltung, so waren es bei der letz-



ten, im Jahre 2004, bereits 7000. Jetzt sollen es 4500 gewesen sein. Die Zahl lässt sich von außen nicht überprüfen, doch ist es angeraten misstrauisch zu sein.

Selten wurde so offensichtlich wie bei diesem Ereignis das Interesse bürgerlicher Kreise deutlich, die Veranstaltung der Nazis klein zu reden, den Widerstand der Dresdner Bürger hervorzuheben dabei jedoch alles keiner größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Heuchlerisch reihten sie sich mit ihren Parteien in die Reihen der „Anständigen“ ein. So rief ein brei-

tes Bündnis, vom DGB über alle Parteien dazu auf, an einem Bürgerfest gegen Rechts teilzunehmen. „Zeigen Sie mit uns gemeinsam, dass Neonazis in Dresden keine Chance haben“, meinte das Bündnis in einem Flugblatt. Bei dem Bürgerfest sollen dann 850 DresdnerInnen gewesen sein. Außer der Linkspartei, der WASG und dem DGB sah man allerdings keine Repräsentanten der anderen Parteien. Keine Stadträte, keine Bürgermeister, keine CDU, keine FDP, keine SPD, keine Grünen. Die „Anständigen“ fehlten also. Anwesend waren im Grunde alleine jene Antifaschisten, denen die „Anständigen“ grundsätzlich misstrauen. Die autonome Antifa also. Sie hatte im Gebiet der Zufahrtswege zu der Nazi-Veranstaltung eine Demo organisiert, zu der das Bündnis der „Anständigen“ natürlich nicht mit aufgerufen hat. Rund 500, vorwiegend junge Menschen, folgten dem Demoauf Ruf. Bei strömendem Regen setzte sich diese kleine Demonstration in Bewegung. Durch ihre Langsamkeit und durch Zwischenkundgebungen gelang es ihr aber, den Straßenverkehr mehr als zwei Stunden zu blockieren, so dass die Busse mit den Faschisten festsaßen.

Am Abend berichteten die Regionalnachrichten des mdr über die Ereignisse des Tages. Friedlich sei alles verlaufen, wird berichtet und es werden Bilder von Dresdner Bürgern in der Demonstration (die schwarzgekleideten Jugendlichen spart man dabei aus) gezeigt, die ihre „Stimme gegen die NPD“ erheben. Es wird vom Bürgerfest berichtet (diesesmal ohne Bilder, das hätte sonst die Zahl von 850 wenig glaubhaft gemacht), sowie von einem Friedensgebet Pappritzer Bürger.

Nicht berichtet wurde, dass die Demonstranten, bevor sie sich in Bewegung setzten konnten, wie Verbrecher gefilzt wurden, dass ihnen Transparentstangen und selbst Plastikflaschen mit Getränken abgenommen wurden. Schließlich wurde der

Demozug von rund 200 Polizisten eskortiert. Wollte sich jemand vom Straßenrand in die Demo einreihen, wurde das erst nach einer Leibbesichtigung genehmigt. Das geschieht „zu ihrem Schutz“, wie ein Polizist meinte.

Bei den Nazis erfolgten diese „Schutzmaßnahmen“ offensichtlich nicht. Es wurde auch nicht berichtet, dass irgendwo eine Filzung von Nazis stattfand. Sie wurden im Gegenteil von der Polizei auf der Zufahrt vor den Autonomen geschützt und sicher zum „Festplatz“ geleitet. Und das obwohl in der DNN ein sächsischer Verfassungsschützer zitiert wird, der „gewaltbereite und gewaltgeneigte Rechtsextremisten“ ankündigt und (in Pappritz) „...eine Gefahr für Menschen dunkler Hautfarbe“ sieht.

„Dresden ist und bleibt eine Stadt der Weltoffenheit, eine Stadt der Toleranz und Kultur“, schreibt das breite Bündnis gegen Rechts. Und es ist an diesem 5. August ja auch nichts geschehen, alles verlief ruhig und die Polizei hatte alles fest im Griff. Biedermann kann also wieder zur Tagesordnung übergehen.

Im Osten brennt die Hütte

Dabei brennt im Osten und ganz besonders in Sachsen schon längst die Hütte! Alleine in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gab es alleine in Sachsen 40 polizeilich bekannt gewordene Übergriffe mit rassistischem und gegen Linke gerichtetem Hintergrund. In allen ostdeutschen Ländern gibt es inzwischen Regionen, in denen es gefährlich ist, sich mit einer etwas dunkleren Hautfarbe oder mit Punkeraussehen frei zu bewegen. „National befreite Zonen“ nennen die Nazis den Terror, den sie dort ausüben. „No-go-areas“ wurden sie verharmlosend während der Fußball-WM genannt, was trotzdem sofort einen empörten Aufschrei bei den lokalen politischen Akteuren hervorrief. Auch wenn alle Tatsachen die Existenz solcher Regionen belegen, wird das von den dortigen politischen Verantwortlichen bestritten oder zumindest relativiert. In Sachsen sticht hier ganz besonders die Sächsische Schweiz hervor. Sie ist eine NPD-Hochburg, wo die Brau-

nen bei Wahlen schon mal mehr als 20 Prozent der Stimmen erhalten. In Königstein ist der Oberscharfmacher der NPD, Uwe Leichsenring zu Hause. Als geachteter Bürger wurde er mit 21,1 Prozent der Stimmen in den Stadtrat gewählt. Auch im sächsischen Landtag sitzt Leichsenring und rühmt sich seiner Verbindung zu den anderen Parteien und der Staatskanzlei. Und das ist nicht alleine eine braune Kraftmeierei. Immerhin hat die NPD bei Wahlen zur Besetzung von Ausschüssen im sächsischen Landtag über ihre Fraktionsstärke hinaus Stimmen bekommen. Deshalb kann durchaus festgestellt werden, dass die NPD in der bürgerlichen Mitte angekommen ist. Sie wird dort toleriert und zum Teil auch akzeptiert. Das gilt besonders für den Bereich ihrer Hochburgen. Dort ist die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien im Grunde genommen inzwischen Normalzustand. Es ist unter diesen Umständen dann auch kein Wunder, wenn Verbote nicht wirken. Die inzwischen zur kriminellen Vereinigung erklärten Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) arbeitet nach wie vor „erfolgreich“ weiter. Der Verfassungsschutz stellt sogar ein Anwachsen der Kameradschaftsszene in Sachsen fest. „Das spiegelt sich deutlich in der Region Sächsische Schweiz in konzentrierter Form wider“, so der Geheimdienst.

Trotz Verbot haben die Nazis Zulauf. Waren im Jahr 2004 870 Nazis in Kameradschaften vereinigt, so waren es im Jahr 2005 bereits 100 mehr. Man kann inzwischen in bestimmten Regionen durchaus von der Existenz einer faschistischen Bewegung sprechen. Getragen wird sie von vorwiegend jungen Leuten. 82 Prozent dieser Szene bewegen sich in dem Alter von 20 bis 30 Jahren, wobei das durchschnittliche Einstiegsalter immer mehr sinkt. Zufall ist diese Entwicklung nicht. Immer mehr braune Netzwerke machen sich im Osten und vor allem in Sachsen breit, aktiv unterstützt von der NPD. So gibt NPDler Leichsenring offen zu, Kontakte zu Personen der ehemaligen SSS zu haben und schon auch mal bei einer Zusammenkunft mit einem Referat aufgetreten zu sein. Die Kameradschaften sind für die NPD also wichtige Rekrutie-

rungskatalysatoren, die man hegt und pflegt. Sie sollen gerade in den strukturschwachen Gebieten, in denen die Menschen wenig Perspektiven haben, attraktiv sein. Sie sollen vor allem junge Leute an die NPD heranführen und an die Partei binden. Deshalb richtet sich das Angebot der Kameradschaften auch besonders an Jugendliche und junge Erwachsene. Dabei spielt die Musik eine wichtige Rolle. Mit Hassliedern wird der Nachwuchs herangezogen. Im Jahre 2001 gab es in Sachsen „nur“ sieben Skinheadkonzerte. Im Jahr 2005 waren es bereits 56, mit teilweise bis zu vierstelligen Besucherzahlen. „Blitzkrieg“, „Schutzstaffel“, „Rassenreinheit“, nennen sich diese Gruppen beispielsweise. Ihr Name ist Programm und wird von Jugendlichen in Konzerten und über billige CD's gerne angenommen.

Ahnungsvoll stellt die DNN fest: „Inzwischen hat sich in den letzten Monaten die Qualität und Bandbreite des zumeist offen rassistisch und antisemitischen Angebots auf ein Level begeben, das nicht nur, aber vor allem in Sachsen die gesellschaftlichen Alarmglocken zum Läuten bringen sollte“. Das „Pressefest“ der NPD in Dresden hat aber gezeigt, dass nichts läutet. Schon gar nicht die Alarmglocken. Denn der Bürger Biedermann sitzt zufrieden (es ist ja nichts passiert) in seinem Lehnstuhl. Die NPD ist für ihn (k)ein Problem, oder höchstens eines von zweitrangiger Bedeutung. Zuletzt zeigte sich das für ihn in Sachsen, als drei NPDler aus der Landtagsfraktion und Partei austraten. Sie sahen sich an den parteieigenen Fressnapfen zu kurz gekommen. Öffentlich wurde schmutzige Faschistenwäsche gewaschen. Im bürgerlichen Lager brach Jubel aus – man sah die NPD in der Krise. Von ihrem Zerfall wurde in den bürgerlichen Medien schon schwadroniert. Das war im Februar dieses Jahres. Jetzt, sechs Monate später, merkt man von dem Zerfall nichts mehr. Glaubt man dem Verfassungsschutz, dann sind die faschistischen Kräfte stärker als je zuvor. Auch Bürger Biedermann wird das über kurz oder lang zur Kenntnis nehmen. Wir dürfen gespannt sein, was er dann macht. Und was machen dann wir?

Bildung als Ware

Die aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen im Hochschulbereich lassen Bildung zur Ware verkommen und ermöglichen dem Kapital enorme Profite.

Die Umstrukturierungsprozesse der letzten Jahrzehnte im Hochschulbereich haben die Strukturen an den Hochschulen und das Studium grundlegend verändert. In der Tendenz findet die Privatisierung des bislang weitgehend staatlichen Hochschulwesens statt. Nicht nur, dass in der BRD bereits ehemals staatliche Hochschulen in Stiftungen überführt wurden, wird seit einigen Jahren intensiv daran gearbeitet die Hochschulen betriebswirtschaftlich zu führen. Die Organisation und Verwaltung des umstrukturierten Studienbetriebes übernehmen im zukünftigen 'Unternehmen Hochschule' die Studienleitungen in Zusammenarbeit mit dem Kapital.

Die Einführung von kostenpflichtigen Bachelor- und Masterstudiengängen ist ein Teil dieses Prozesses, der Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien noch weiter als bisher von höherer Bildung ausschließt und Teilen des Mittelstands die Aufnahme eines Studiums enorm erschwert. Der Regelabschluss wird für die Studierenden, aufgrund hoher Zugangsvoraussetzungen für den Masterstudiengang (u.a. deutlich höhere Gebühren), der Bachelor. Die Mehrheit der Studierenden wird damit im Vergleich zum Diplomstudium eine verkürzte Studienzzeit haben. Dadurch ist nicht nur der Verlust an



München, Oktober 2003, Jubel-Demo
„Sozialabbau ist Geil“

Ausbildungsqualität zu befürchten, sondern aufgrund sinkender Reproduktionskosten ebenso eine weitere Lohnsenkung zu erwarten. Die Beschäftigten an den Hochschulen haben im Zusammenhang mit den Privatisierungsprozessen ebenfalls wenig Positives zu erwarten. Wie schon aus anderen Bereichen, z.B. der Privatisierung von Post und Bahn bekannt, verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen zunehmend. Die Bachelor- und Masterstudiengänge

führen außerdem zu einer weiteren Verschulung des Studiums. Sie sind modular aufgebaut, was bedeutet, dass das Studium in einzelne jeweils für sich abgeschlossene, thematisch und zeitlich festgelegte Lehr- und Lerneinheiten gegliedert ist. Die Lehrinhalte sind stärker als bisher auf den Bedarf des Arbeitsmarkts zugeschnitten und der Lehr- und Lernaufwand zeitlich knapp gefasst. Im Falle der kostengünstigeren Bachelorstudiengänge kommt hinzu, dass der Unterricht mangels Ressourcen (Personal, Räume etc.) in größeren Gruppen stattfindet.

Die veränderte Lage wird kritisches Denken an den Hochschulen weiter erschweren. Denn für die Gewährleistung einer freien Forschung und Lehre zum Nutzen aller Menschen und für ein demokratisches Bildungssystem, das die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung befriedigt, muss jedem Menschen der Zugang zu höherer Bildung möglich sein und das Geschehen an den Hochschulen von Delegierten aller Mitglieder der Hochschule in paritätisch besetzten und gewählten Gremien bestimmt werden.

Obwohl weder das eine noch das andere verwirklicht wurde, geschweige denn eine Realisierung dieser Forderungen geplant ist, sind sich sämtliche ideologischen Kräfte darin einig, dass angeblich die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse im Vordergrund steht. Um dies zu erreichen, soll unter anderem das höhere Bildungswesen unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden. Als Beispiel dafür, wie gesellschaftlicher Einfluss an Hochschulen zu ermöglichen ist, werden Kuratorien genannt, in denen die gesellschaftlich relevanten Interessensgruppen vertreten sein sollen. Von gewerkschaftlicher Seite ist dazu mitunter zu lesen: „Zu diesem Zweck sind auf Hochschul-, Landes- und Bundesebe-



ne Kuratorien oder 'Wissenschaftsräte' einzurichten, in denen VertreterInnen der Parlamente, der Regierungen, der akademischen Gruppen, des Kapitals, der Gewerkschaften und andere über die Leitlinien der Wissenschafts- und Hochschulpolitik beraten und teilweise befinden" (LASS, 1997 S. 27). Die Unternehmer fordern ebenfalls ein Kuratorium aus Vertretern der Hochschule und der Region des Hochschulstandorts, damit wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Interessen berücksichtigt werden. Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) der Bertelsmannstiftung (Stiftung des Medienriesen Bertelsmann), als ein Vertreter der Kapitalseite, schlägt diesbezüglich vor: „Der Hochschulrat setzt sich aus Persönlichkeiten zusammen, die paritätisch aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik kommen“ (ebd., S. 73). Selbst der freie Zusammenschluss der Studierendenschaften erwähnt das Kuratorium als Möglichkeit gewünschter gesellschaftlicher Mitbestimmung. „In den Kuratorien sollen die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen gleichberechtigt die Möglichkeit erhalten, Einfluss auf die Hochschulen zu nehmen“ (ebd., S. 12). Bei näherem Hinsehen fällt jedoch auf, dass die Frage, was die gesellschaftlichen Bedürfnisse konkret sind, unterschiedlich beantwortet wird. Den Studierenden geht es um demokratische Mitbestimmung aller Menschen im Bereich Hochschule, das Kapital hingegen versteht unter gesellschaftlichem Einfluss die Öffnung der Hochschulen für die kapitalistische Verwertungslogik.

Die Hochschulen sollen nach den Vorstellungen der Unternehmer in qualifizierte Lohnarbeiter/innen produzierende Wirtschaftsbetriebe verwandelt werden. Dementsprechend sind die mittlerweile eingeführten Kuratorien in Form der Hochschulräte nichts anderes als Aufsichtsräte von Dienstleistungsunternehmen. Sie sichern durch ihre externen Mitglieder aus der Wirtschaft (an der Münchner LMU beispielsweise sind das aktuell u.a. der Vorsitzende des Vorstands der Münchner Rück, Dr. Nikolaus von Bomhard, der stellvertretende Vorsitzende der Hypo Vereinsbank AG, Dr. Albrecht Schmidt, das Aufsichtsrat-

mitglied der E.ON AG, Prof. Dr. Wilhelm Simson und der Direktor am Max-Planck-Institut für Biochemie in Martinsried, Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Robert Huber) den Einfluss der Unternehmerschaft auf die Hochschulen und damit auf die Wissenschaft, die Forschung und die Lehre.

Die momentan an den Hochschulen vorherrschende Sichtweise auf gesellschaftliche Bedürfnisse als das Bedürfnis nach Ökonomisierung des höheren Bildungswesens kann nur im Zusammenhang mit der Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden. Im Kapitalismus, in dem die Verwertungslogik des Kapitals die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt, hat Bildung nicht den Zweck allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Bildung bedeutet im kapitalistischen Produktionsverhältnis im We-



Uni Frankfurt



Schülerdemonstration, Lüneburg

sentlichen die Qualifizierung der Arbeitskraft für ihren Gebrauch in der Produktion.

Teile der Ware Arbeitskraft müssen um so höher qualifiziert sein, je weiter fortgeschritten Technik und Wissenschaft sind. Gleichzeitig ist technisch-wissenschaftlicher Fortschritt als Ergebnis von Wissenschaft und Forschung ein notwendiger Faktor der Anhäufung von Kapital unter den Bedingungen der kapitalistischen

Konkurrenz. „Von der Bildung hängt somit nicht nur die ‚Verwissenschaftlichung der Produktion‘, sondern zugleich die zur Realisierung wissenschaftlicher Ergebnisse in der Produktion notwendige entsprechende Qualifikationsstruktur aller Arbeiter entscheidend mit ab“ (Huisken, 1971, S. 174). Da nun der Preis für die Nutzung der Ware Arbeitskraft entsprechend ihrer Herstellungskosten, der für ihre Produktion gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, berechnet wird, steigen mit den höheren Anforderungen an die Ausbildung im Zuge technischer Neuerungen die Kosten für die Produktion dieser Arbeitskraft.

Die Kosten für die Qualifizierung werden aus dem im produzierenden Sektor geschaffenen Mehrwert finanziert. Ein Teil der Finanzmittel für den Ausbildungssektor wird über den Lohn der Arbeiter/innen oder die Profite der Kapitalisten individuell aufgewendet. Einen weiteren Teil erbringt der Staat, indem er Gelder aus Steuereinnahmen für den Ausbildungssektor verausgabt. Allerdings ist zu bedenken, dass die Steuern ebenfalls von den Unternehmern und den Arbeiter/innen gezahlt werden, wobei letztere den größeren Anteil tragen und hinter dem Steueranteil der Unternehmen das gesellschaftliche Mehrprodukt steht, das ausschließlich von den Lohnarbeiter/innen produziert wird.

Um möglichst viel Mehrwert behalten zu können, sind die Kapitalisten bestrebt, ihren Kostenanteil für die Qualifizierung der Arbeiter/innen möglichst gering zu halten. Sie versuchen dies, indem sie mithilfe des Rückzugs des Staates die Kosten individualisieren und auf die Lohnabhängigen abwälzen, z.B. in Form von Studiengebühren. Außerdem können durch die Verkürzung der Ausbildungszeit nicht nur die Aufwendungen für Ausbildung niedrig gehalten werden, sondern durch die Verringerung der Kosten für die Herstellung der Arbeitskraft der Druck auf die Löhne verstärkt und auf diese Weise ebenso der Profit des Kapitals erhöht werden.

Der Staat übernimmt dabei die Aufgabe, seine Bildungspolitik entlang der Notwendigkeit von Qualifikation und dem Problem der Mehrwertminderung infolge der

Wertsteigerung der Arbeitskraft auszurichten. „So erscheinen die ‚Kompressionstendenzen‘ im Ausbildungssektor als staatlicher Versuch, innerhalb des Spielraums zwischen Notwendigkeiten der Qualifizierung und Grenzen der Verwertung noch möglichst viel durch Steigerung der Effizienz hineinzupressen, also um das Verhältnis von Input und Output zu optimieren“ (Altvater/Huisken, 1971, S. XXII/ XXIII).

Sofern Bildung in der kapitalistischen Gesellschaft also dazu dient, den Menschen möglichst kostengünstig für das Leben unter Bedingungen der ökonomischen Verwertung zu spezialisieren, folgt sie dem primären Ziel der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise, deren Sinn und Zweck allein die Vermehrung von Kapital auf Kosten der lohnabhängigen Bevölkerung ist. Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Hochschulreform zu sehen. Sie wurde notwendig, um die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft zu gewährleisten, was bedeutet, die erweiterte Reproduktion des Kapitals weiterhin zu ermöglichen.

Akkumulation des Kapitals meint zunächst, die Wiederaufnahme der Produktion in einem größeren Umfang als bisher. Entsteht in der Konkurrenzsituation der einzelnen Kapitalisten untereinander innerhalb dieses Prozesses ein Überangebot an Waren bei gleichbleibender Nachfrage, lohnt sich das Geschäft für die Unternehmer nicht mehr. Sie müssen ihre Waren unter ihrem Wert verkaufen, um sie loszuwerden. Ein Problem, vor dem die Kapitalisten auch heute stehen. Dabei sind die Ausbeutungsbedingungen für das Kapital nicht schlecht. In den Ländern des Südens werden oftmals keinerlei gewerkschaftliche Organisationen zugelassen, Löhne extrem niedrig gehalten, Arbeits- und Umweltschutzmöglichkeiten ignoriert und auch sonst wenig Rücksicht auf menschliche Bedürfnisse während der Arbeitszeit genommen. Die einst erkämpften Rechte der Arbeiter/innenschaft in den so genannten Industrieländern konnten in den letzten Jahren massiv beschnitten, Arbeitsverhältnisse prekariert und Löhne nach unten gedrückt werden. Die direkte oder

indirekte Lohnsenkung macht für das Kapital aber nur Sinn, wenn zusätzliche Nachfrage entsteht. Da das im Moment das Problem ist, können die Unternehmer den angeeigneten Mehrwert nicht realisieren. Sie sind gezwungen, überschüssige Kapitale zu vernichten. Mit einem Blick auf die durchaus nicht wenigen Fusionen und Übernahmen von Unternehmen in den letzten Jahren lässt sich diese Entwicklung nachvollziehen: „In der Automobilindustrie bestehen Überkapazitäten von 35 %. Da kauft BMW Rover nicht, um zu expandieren, sondern um einen Konkurrenten stillzulegen“ (Eggerdinger, 2003, S. 77).

Nun könnte man meinen, eine derartige Krise müsse den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaftsweise gefährden. Das ist im Augenblick aber nicht der Fall. Abgesehen von der Frage nach den Möglichkeiten, in einer in Nationalstaaten organisierten kapitalistischen Gesellschaft weltweit eine andere Art der Wirtschaft einzuführen, braucht es dafür eine starke soziale Bewegung, die im Kampf um alternative Gesellschaftsformen in der Offensive ist. In den meisten Ländern sind die Bewegungen momentan nicht stark genug, das zu erreichen.

Auf der anderen Seite, aber auch damit zusammenhängend, verfügt das große Kapital über weitere Möglichkeiten, der Krise zu begegnen und die Profitraten zunächst

Der Bologna-Prozess

Er wurde parallel zum Allgemeinen Dienstleistungsabkommen (GATS) auf europäischer Ebene in Gang gesetzt und ist nach einem Treffen europäischer Bildungsminister in Bologna im Jahr 1999 benannt. Trotz der Tatsache, dass der Bologna-Prozess außerhalb der offiziellen Politik der EU steht und die erklärten Ziele keine rechtlichen Verpflichtungen darstellen, werden auf Grundlage der gemeinsamen Erklärungen der europäischen Bildungsminister auf nationaler Ebene Maßnahmen getroffen, um die Hochschulen bis 2010 in der Art um- und neuzustrukturieren, dass sie in der Konkurrenz auf dem internationalen Bildungsmarkt bestehen können. Das Ziel des Bologna-Prozesses entspricht dabei der sogenannten Lissabon-Strategie der EU. Dieser Strategie folgend werden in den EU-Mitgliedsstaaten neoliberale Reformen umgesetzt wie z.B. die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze in der BRD, um die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum zu machen.

wieder zu erhöhen. Eine davon ist die Nutzbarmachung von Sektoren, die dem Kapital bisher verschlossen waren. „Nach innen werden, im Gefolge des GATS-Abkommens, Dienstleistungen privatisiert - in Deutschland durch den Verkauf von Staatsanteilen an Telekom und Postbank, die Privatisierung des Straßenbaus, die Öffnung der Bahn für Private“ (Wolf, 2005, S. 27). Die private Aneignung staatlichen Eigentums ermöglicht dem Kapital die Erschließung neuer Bereiche und ihre Unterwerfung unter die kapitalistische Verwertungslogik. Damit werden auch öffentliche Dienste zur Ware, der Bedarf der Bevölkerung daran zur Nachfrage und das Kapital hat einen neuen Absatzmarkt.

Auf den Hochschulbereich bezogen, ist angestrebt, diesen wirtschaftlich auszurichten, um damit den Weg für private Anbieter aus dem In- und Ausland frei zu machen. Bislang ist der höhere Bildungssektor insgesamt hauptsächlich öffentlich und gebührenfrei gestaltet. „In den letz-



ten Jahren wurden jedoch einige private Universitäten gegründet, zum großen Teil mit öffentlicher Finanzierung“ (Fritz/Scherrer, 2002, S. 62). Zudem werden allorts Studiengebühren eingeführt, sofern nicht bereits Beitragsmodelle vorhanden sind, wie beispielsweise in den USA oder Großbritannien.

Ein privatisierter, gebührenfinanzierter Hochschulbereich ist die Voraussetzung für den internationalen Handel mit Bildungsdienstleistungen. „Auf jährlich etwa 2.200 Milliarden US-Dollar schätzt die Unternehmensberatung Merrill Lynch den Wert des weltweiten Bildungssektors, und prognostiziert die Möglichkeit, in nur zehn Jahren den weltweiten Bildungsmarkt vollkommen zu privatisieren“ (Hauschild, 2004, S. 72). Die Aufgabe des Staates, günstige Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen und Absatzmärkte zu sichern, bleibt dabei weiterhin bestehen. Die Politik der jeweiligen Staaten ist es, entsprechende Forderungen gemeinsam mit Kapitalvertretern in und mithilfe von formellen und informellen Gremien durchzusetzen und die nationale Politik daran auszurichten.

Bei den aktuellen Entwicklungen im Hochschulbereich geht es aber insgesamt um wesentlich mehr. „In einem Dokument des Europarates ist von der wichtigsten und weitreichendsten Reform der Hochschulen in Europa seit der Zäsur von 1968 die Rede“ (Keller, 2005). Die für die Marktöffnung notwendige Umstrukturierung der Hochschulen beinhaltet das weitgehende Aushebeln von Mechanismen demokratischer Mitbestimmung, die als Reaktion auf die Studierendenproteste in den 1970er Jahren eingeführt wurden. Die Regelungen der Mitbestimmung von Studierenden und des nicht-wissenschaftlichen Personals an hochschulspezifischen Entscheidungen erfuhren zwar von Beginn an Einschnitte und gingen auch zuletzt nicht sehr weit, doch die neueren Entwicklungen tendieren dazu, die Entschei-

dungskompetenzen der demokratisch gewählten Selbstverwaltungsgremien nicht gewählten Aufsichtsräten oder den Hochschulleitungen zu übertragen.

Diese Entwicklung entspricht dem faktisch nicht vorhandenen Mitspracherecht der Studierenden und des nicht-wissenschaftlichen Personals am sogenannten Bologna-Prozess. Obwohl die Studierenden mit ihrer Forderung nach einer sozialen Dimension im Bologna-Prozess bemüht sind, soziale Aspekte in die Diskussion um den Europäischen Hochschulraum (EHR) einzubringen, geht



Schülerdemonstration Lüneburg

es den Akteuren des Bologna-Prozesses um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas. „Die soziale Dimension des Bologna-Prozesses ist wesentlicher Bestandteil des EHR und eine notwendige Bedingung für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des EHR“ (bmbf, 2006).

Eine ernst gemeinte soziale Dimension ist mit Konkurrenzkämpfen um profitable Hochschulstandorte nicht vereinbar. Trotz der entgegengesetzten Vorstellungen von sozialer Dimension, ist es den Bildungsministern wichtig, dass Studierende und Personal als Partner/innen des Bologna-Prozesses gesehen werden. „Wir unterstreichen die zentrale Rolle der Hochschulen, ihrer Mitarbeiter und der Studierenden als Partner im Bologna-Prozess“ (ebd.). Sie sind darauf angewiesen, dass alle Mitglieder der Hochschule den Prozess unterstützen. Proteste wie in Griechenland, aufgrund derer die Studienzeitverkürzung nicht durchgesetzt werden konnte, würden ihre Pläne durch-

kreuzen. Eine wirkliche Mitsprache hieße aber, dass grundsätzliche Entscheidungen auch von den Betroffenen getroffen werden können. Um dies zu erreichen, bedarf es statt des steten Ab- eines Ausbaus demokratischer Strukturen. Demokratische Entscheidungsprozesse in Gang zu setzen ist aber wie gesagt nicht das Interesse europäischer Bildungspolitik.

Altvater Elmar & Huiskens Freerk (1971). Programmatische Aspekte einer politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. In: Elmar Altvater & Freerk Huiskens. Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. Erlangen: Politladen-Druck. S. XI-XXXII

Fritz Thomas & Scherrer Christoph (2002). GATS: Zu wessen Diensten?. Hamburg: VSA

Hauschild Peter u.a. (2004). Privatisierung: Wahn&Wirklichkeit. Hamburg: VSA

Huiskens Freerk (1971). Kurzdarstellung marxistischer Kategorien, die zur Kritik der bürgerlichen

Bildungsökonomie dienen können. In: Elmar Altvater & Freerk Huiskens. Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. Erlangen: Politladen-Druck. S. 174 - 193

Keller Andreas (2005). Unternehmen Uni? In: Jens Wernicke, Michael Brodowski, Rita

Eggerdinger Stefan (2003). Mythos Globalisierung. Streitbarer Materialismus Nr. 25, S. 61-90

LASS Landesausschuss der Studenten und Studentinnen der GEW Bayern (1997). Reader zur Hochschulreform und zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Wolf Winfried (2005). Gleichgewicht des Schreckens. Konkret Heft 4, S. 24-28

Bundesministerium für Bildung und Forschung (bmbf) 2006 = www.bmbf.de

Zum Spanischen Bürgerkrieg (1936 - 1939)

„Wir haben gesehen, wie das Festhalten an der Ministerschaft Millerands die Sozialisten gezwungen hat, die Allianz mit dem Radikalismus (damalige bürgerlich-republikanische Partei, Anmerkung des Verfassers) zur festen Basis ihrer ganzen Taktik zu machen und deshalb den revolutionären Klassenkampf immer mehr einzuengen und zu verleugnen.

Erst fielen die sozialistische Kritik an der Regierung und die politische Aufklärungsarbeit im Lande fort, und der politische Kampf wurde auf das Parlament konzentriert. Dann wurde im Parlament selbst die Opposition preisgegeben.“

Rosa Luxemburg, 1899



Die Republik

Nachdem die Kommunalwahlen im April 1931 antimonarchistische Mehrheiten erbracht hatten, verlor König Alfonso XIII die Lust an seinem Königreich und setzte sich ins Ausland ab – ohne Abdankung oder sonstige Verfügungen. Nun war sie da, die Republik, ohne Revolution, Aufstände oder Volksentscheide.

Die Republik – von großen Teilen des Bürgertums und auch der Unterschichten ersehnt als Beginn politischer und sozialer Fortschritte; von der Kirche und ihren Gläubigen, den Großgrundbesitzern und anderen Reaktionären wie den Karlisten verteufelt als Untergang des christlichen Spanien und seiner (idealisierten) großen Geschichte. Beide Vorstellungen waren weit von den realen Möglichkeiten entfernt.

Die soziale Situation

Nicht nur in den politischen Erwartungen und Ängsten war Spanien ein gespaltenes Land. 70% der Erwerbstätigen waren in der Landwirtschaft beschäftigt. Davon die Mehrzahl als besitzlose Landarbeiter oder Kleinpächter. Nur im Norden (Navarra) und im mittleren Spanien gab es Bauern. Im Süden war Großgrundbesitz vorherrschend. In Andalusien beherrschten rd. 50.000 meist adlige Großgrundbesitzer rd. 2 Millionen Landarbeiter.

Industrielle Großbetriebe gab es im Baskenland und Katalonien (Schiffbau). In Asturien fand Bergbau in großem Umfang statt. Die Mehrzahl der größeren Betriebe war in ausländischem (vor allem

englischem und französischem) Besitz. Ansonsten überwog in den Städten Handwerk, Manufaktur und kleine Industrie.

Von der erwerbsfähigen Bevölkerung werden 4-5 Millionen armen Landarbeitern und Kleinpächtern, 3-4 Millionen den Arbeitern, Kleingewerbetreibenden, Handwerkern zugerechnet. Diesen rd. 8 Millionen standen etwa 2 Millionen Mitteltändler (Bauern, Kaufleute und Kleinkapitalisten) und rd. 1 Million der Oberschicht (Großgrundbesitzer, einheimische Kapitalisten, höhere Geistliche, Beamte und Offiziere) gegenüber.

Katholische Schulen spielten eine große Rolle. Die staatlichen Grundschulen waren schlecht ausgestattet. Deshalb war ungefähr die Hälfte der Spanier Analphabeten – natürlich mit Schwerpunkt in den

Unterschichten. Höhere Schul- bzw. Universitätsbildung stand fast ausschließlich Kindern (meist Söhnen) aus der Mittel- und Oberschicht offen.

Kirche

In der spanischen Geschichte spielte die katholische Kirche eine noch größere Rolle als im übrigen Europa. Sie unterstützte immer die jeweils reaktionärsten Kräfte der Gesellschaft. Über die konfessionellen Schulen, über die ca. 5.000 Klöster und über deren beträchtlichen Grundbesitz nahm sie Einfluß auf Gesellschaft und Politik. Im Bürgerkrieg unterstützte der hohe Klerus bedingungslos die Putschisten. Schon im Oktober 1936 erkannten die Bischöfe die nationale Junta in Burgos unter dem Generalissimus Franco als rechtmäßige Regierung an. Mehrere Autoren (Reventlow, Thomas) bestätigen aber auch, daß manche Pfarrer analphabetische Arbeiter bei Schriftwechsel mit Behörden usw. unterstützten und auch sonst soziales Engagement zeigten. Naturgemäß kann es keine zahlenmäßigen Angaben über den Anteil dieser Geistlichen am gesamten Klerus geben. In höheren Rängen tauchen fortschrittliche Priester jedenfalls nicht auf.

Die erste Koalition 1931-1933

Antiklerikale liberale Gruppen und die Sozialistische Partei bildeten die erste republikanische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Azaña. Die kleine kommunistische Partei, bis 1935 noch



im Dogma der Sozialfaschismustheorie befangen, beteiligte sich nicht. Die Koalition begann eine bürgerlich-weltliche Gesetzgebung: Frauenwahlrecht, Zivilehe, Ehescheidung, Verbot der katholischen Schulen, Abschaffung der Adelstitel und Einschränkungen der Tätigkeit katholischer Orden brachten Spanien auf das Niveau europäischer bürgerlich-demokratischer Staaten. Soweit die fortschrittliche, positive Seite der Koalition.

Anders sah es mit ökonomischen Reformen aus, die vor allem von den Sozialisten angestrebt wurden. Es wurden zwar Mindestlöhne festgesetzt, ein Tarifrecht mit Schlichtung erlassen, doch die Einhaltung wurde nur unzureichend überwacht. Eine Landreform wurde formal beschlossen. Sie sah aber keine Enteignung brachliegenden Landes vor – sondern die Eigentümer sollten nach einem so langwierigen Verfahren entschädigt werden, daß es praktisch zu keinen Übereignungen von Land an besitzlose Landarbeiter und Kleinpächter kam.

Im Ergebnis setzten sich die Liberalen durch: bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten wurden beträchtlich erweitert, doch Eigentum wurde geschützt. Für die Arbeiter und Landlosen blieb alles beim schlechten Alten. Entsprechend groß war deren Unzufriedenheit.

Die Rechte nahm die antiklerikale Gesetze zum Anlaß einer vehementen Propaganda, die den Verfall aller moralischen Werte und den Untergang Spaniens an die Wand malte. Mit Erfolg. Die Wahlen von 1933 brachten eine konservative Mehrheit.

Die Rechtsregierung 1933-1936

Mehrere klerikale, konservative bis reaktionäre Gruppen hatten sich zu einer rechten Sammlungs-partei (CEDA) vereinigt. Sie wurde nach einigen Monaten an der Regierung beteiligt. Fortschrittliche Gesetze sollten zurückgenommen werden. Von sozialen Reformen war nicht mehr die Rede. Das führte zu immer militanterem Widerstand der Arbeiterklasse. Ein vom sozialistischen Gewerkschaftsbund UGT ausgerufenen Generalstreik brach zu-

sammen. Gewerkschaftsführer (Largo Caballero u. a.) wurden verhaftet. In Katalonien rief die Provinzregierung die Autonomie aus. Auch dieser Versuch, der Rechtsentwicklung entgegen zu wirken, wurde niedergeschlagen. Härter war der Kampf im Bergbaugebiet Asturiens 1935. Hier hatten sich die sonst verfeindeten anarchosyndikalistischen (CNT) und die sozialistischen Gewerkschaften (UGT), die Arbeiterparteien, Sozialisten (PSOE) und POUM und nach einigem Zögern auch die Kommunistische Partei (PCE) zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen.

Zur Niederschlagung des Aufstands, zu dem der anfängliche Streik sich fortentwickelt hatte, wurden Kolonialtruppen unter dem Befehl des Generals Franco (marokkanische Söldner – Regulares – und die spanische Fremdenlegion) eingesetzt. Die Zahl der getöteten Arbeiter wird auf rd. 1000 geschätzt. Über 30.000 politische Gefangene aus Asturien, Barcelona und dem Generalstreik der UGT saßen in den Gefängnissen.

Die Schwäche der Linken zeigte sich auch darin, daß es nicht gelang, die Kämpfe zu vereinheitlichen. Die Aufständischen in Asturien kämpften weitgehend allein.

Wahlerfolg der Linken 1936

Die linken Parteien schlossen sich zu einer Volksfront zusammen.



Im Wahlkampf traten sie allerdings nicht einheitlich unter diesem Namen sondern auch als Volks-Block bzw. einfach als Izquierda (Linke) auf. Hauptlosung war die Amnestie für die politischen Gefangenen. Die Anarchosyndikalisten, die Wahlen bisher ablehnten, scheinen zumindest teilweise die Linke gewählt zu haben – nicht aus Opportunismus sondern um die inhaftierten Genossen zu befreien.

Das damalige spanische Wahlgesetz begünstigte die stärkeren Parteien bzw. Wahlbündnisse. Die Volksfront gewann zwar nicht ganz die absolute Mehrheit der Stimmen, aber die der Mandate.

Regierung der Liberalen

Der linke Flügel der Sozialisten lehnte eine Regierungsbeteiligung ab. Ihr Sprecher, Largo Caballero, soll gesagt haben, er wolle nicht wie ab 1931 Gefangener der Liberalen werden. Der Sprecher des rechten Flügels, Prieto, wäre zu einer Koalition bereit gewesen, unterlag aber den Linken. Die Sozialisten stützten jedoch die Regierung im Parlament.

Von den Wahlversprechen wurde die Durchführung der Amnestie weitgehend eingehalten. Die Einstellung von Arbeitern, die während der Streiks entlassen worden waren, wurde von Unternehmern und Behörden aber sehr schleppend durchgeführt oder sabotiert.

Vor dem Putsch

Vermutlich schon vor den Wahlen am 16. 2. 1936 begann die Mehrheit der Generäle den Putsch vorzubereiten. Die Armee sollte das nationale und das hieß in den Vorstellungen der Rechten auch das katholische Spanien wieder herstellen. Es ging den späteren Putschisten nicht nur um eine andere oder eine Militärregierung sondern um die Vernichtung der Linken.

Die rasch aufeinander folgenden liberalen Regierungen (die Ministerpräsidenten Quiroga, Barrio, Giral) reagierten nur halbherzig. Einige Kommandeure wurden zwar auf vermeintlich ungefährlichere Posten versetzt, doch die liberalen Regierungschefs wagten es nicht, entschieden durchzugreifen. Der nach Pamp-

lona versetzte General Mola nutzte z.B. seine Versetzung zu Verhandlungen und schließlich der Einigung mit den Karlisten. Diese konnten in Navarra ihre Milizen, einige tausend Mann, die mit modernen italienischen Waffen ausgerüstet wurden, in Ruhe ausbilden (Reventlow). Der Regierung kann das kaum entgangen sein. Sie tat nichts. General Franco wurde nach Teneriffa versetzt. Er flog mit einem Charterflugzeug nach spanisch Marokko, verließ also ohne Erlaubnis seinen Posten. Normalerweise nennt man das Meuterei. Die Regierung sandte ihm einen Unterhändler, den Franco erschießen ließ (Reventlow).

Unterschiedliche Angaben gibt es auch zur Stellung hauptsächlich italienischer Transportflugzeuge, mit denen Franco seine Kerntruppen (Fremdenlegion und marokkanische Regulares) nach Spanien übersetzte. Es gibt Hinweise, daß Mussolini diese bereits vor dem 17.7.1936 bereitstellte.

Die faschistische Falange startete eine Mordkampagne gegen republikanische Journalisten, Schriftsteller und Intellektuelle. Auch linke Militante verübten Attentate auf Falangisten und rechte Politiker. Die Falange war allerdings damals noch keine Massenpartei. Das wurde sie erst nach dem Sieg der Militärs. Ihre Mitgliederzahl 1936 wird für ganz Spanien auf etwa 25.000 geschätzt (Thomas). Die Politik der Rechten bestimmten die Offiziere. Allerdings bewirkten die Attentate eine Verunsicherung in der öffentlichen Meinung und auch bei Teilen der Bevölkerung.

Putsch und Revolution

Am 17. Juli 1936 schlugen die Putschisten in spanisch Marokko los. Es gab keinen nennenswerten Widerstand. Am 18.7. meuterten die Garnisonen in Spanien. In den konservativen Teilen Spaniens, vor allem im Nordosten, blieb der Widerstand der Republikaner gering. Vor allem in den größeren Städten (Madrid, Valencia, Barcelona u.a.) leistete besonders die Arbeiterklasse erbitterten und erfolgreichen Widerstand. In Barcelona re-

agierten die Arbeiter im Gegensatz zur republikanischen Regierung auf den sich abzeichnenden Putsch mit frühzeitiger Organisation. Die Gewerkschaftsbüros der CNT glichen in diesen Tagen Rekrutierungs- und Organisationsbüros der Milizen, schreibt z. B. der Anarchist Souchy, der sich zu dieser Zeit in Barcelona aufhielt. Auch Teile der Armee schlossen sich den Republikanern an. Das Unteroffiziers-

men, Landgüter kollektiviert, Klöster und Kirchen enteignet, allerdings zum Teil auch niedergebrannt.

Die militärische Ausgangslage

Der größere und vor allem der bevölkerungsreichste Teil Spaniens (siehe Karte) hatte den Putschisten widerstanden. Große Teile der Armee, Marine und die gesamte (allerdings kleine) Luftwaffe verteidigten die Republik. Milizen (hauptsächlich CNT, in kleinerer Zahl auch der POUM) hatten großen Kampfgeist bewiesen. Allerdings fehlte es an Waffen. Die Ausrüstung der spanischen Armee war veraltet. Mexiko und die Tschechoslowakei lieferten den Republikanern zwar leichte Waffen, doch Kampfflugzeuge, Panzer und schwere Artillerie waren zunächst nicht zu beschaffen.

Die Putschisten hatten diese Sorgen nicht. Das faschistische Italien sandte Truppen, darunter auch Panzerdivisionen. Die Zahl der italienischen Soldaten in Spanien erreichte 50.000

Mann. Italien lieferte 763 Flugzeuge und anderes Kriegsmaterial an die Putschisten (Thomas). Nazideutschland stellte die damals modernsten Kriegsflugzeuge in der Legion Condor. Die Zahl der deutschen Flugzeuge war geringer als die italienischen Lieferungen. Doch wurde die Legion Condor laufend mit Nachschub versorgt, und Verluste ausgeglichen. Die kleine portugiesische „Legion“ war schlecht bewaffnet und spielte nur eine geringe Rolle.

Diese Hilfe der faschistischen Mächte war keineswegs uneigennützig. Bergbaukonzessionen sollten die Rüstungsindustrie hauptsächlich Deutschlands beliefern. Die neu entwickelten Flugzeuge konnten unter Gefechtsbedingungen erprobt und verbessert, die Flugzeugführer und das Bodenpersonal trainiert werden.

Vor allem diese frühzeitige und massive Hilfe ermöglichte es den Putschisten, ihre Offensive von Süden her mit den von den Transportflugzeugen Hitlers und Mussolinis eingeflogenen Kolonialtruppen fortzu-



korps bestand in Teilen aus Arbeitern technischer Berufe, die sich gegen ihre Offiziere stellten. Auf den meisten Schiffen der Kriegsmarine verhafteten oder töteten die unteren Dienstgrade ihre putschenden Offiziere und stellten sich auf die Seite der Republik.

Die liberale Regierung behinderte den Widerstand. Die Behörden wurden angewiesen, den Arbeitern keine Waffen und Munition aus den Magazinen der Armee oder Polizei herauszugeben. Allerdings hielten sich nicht alle Gouverneure an diese Anweisung und in den Zentren der Gegenbewegung wie in Barcelona stürmten die Arbeiter die Magazine und nahmen sich die Waffen.

Gleichzeitig und von der Bewegung der Arbeiterklasse nicht zu trennen, entwickelten sich in den Zentren des Widerstands (vor allem in Katalonien) revolutionäre Bewegungen. Milizen traten an die Stelle von Polizei und Armee. Revolutionäre Komitees übernahmen, gestützt auf diese Milizen, die Zivilverwaltung. Betriebe wurden von Arbeitern übernom-

setzen und gegen Madrid vorzurücken.

Republikanische Gegenrevolution

Nach Ausbruch des Bürgerkriegs übernahm Largo Caballero das Amt des Ministerpräsidenten. Bürgerliche Republikaner, Sozialisten und die kommunistische Partei bildeten die 1. Volksfrontregierung.

Revolution und Krieg oder: Erst Krieg, dann Revolution war (zugespitzt) der Widerspruch im republikanischen Lager (Tostorff). Die Volksfront wollte die Ordnung des bürgerlichen Staats wiederherstellen. An die Stelle der anarchistischen und POUM-Milizen sollte ein nach den alten militärischen Regeln organisiertes Volksheer treten. Die revolutionären Komitees sollten aufgelöst, die vergesellschafteten Betriebe und Güter wieder zurückgegeben werden. Ausgenommen davon sollten aber die Kirchengüter sein. Die Entmachtung der revolutionären Kräfte erfolgte bis zum Mai 1937 schleichend. Zunächst brauchte die Volksfront-Regierung die Milizen zur Verteidigung vor allem von Madrid. Dort zeigten sie ebenso wie die Internationalen Brigaden hohen Kampfgeist und Disziplin. Die Durruti-Kolonnen (Anarchisten) erwarb sich legendären Ruf.

Vernichtung der POUM

Die „Partei der marxistischen Vereinigung“ entstand 1935 aus dem Zusammenschluß zweier Gruppierungen, die aus der PCE als „linke“ bzw. „rechte“ Abweichler ausgeschlossen worden waren. Die „linken Kommunisten“ und deren Sprecher Andreu Nin hatten mit der trotzkistischen Opposition in der Sowjetunion zusammengearbeitet. Nach der Rückkehr Nins nach Spanien traten aber zunehmend Differenzen auf. Der Zusammenschluß in der POUM bedeutete den endgültigen Bruch mit Trotzki. Die Anhänger der „linken Kommunisten“ werden auf rd. 700 geschätzt.

Die Mitglieder des „Arbeiter- und Bauernblock“ (BOC) und sein Hauptsprecher Joaquin Maurín wur-

den wegen der Opposition gegen Sozialfaschismus-Theorie und spalterische Gewerkschaftspolitik 1928 aus der PCE ausgeschlossen. Die BOC hatte rd. 4.500 Mitglieder. Er stand der KPD O nahe und unterhielt regelmäßige Verbindung mit ihr.

Schwerpunkt der POUM war Katalonien. Hier vor allem beteiligte sich die POUM am Widerstand gegen den Putsch und arbeitete trotz grundsätzlicher politischer Meinungsverschiedenheiten eng mit der



CNT zusammen. Das betraf auch die Einrichtung revolutionärer Komitees und die Vergesellschaftung von Betrieben und Landgütern.

Die Errichtung bürgerlicher Machtstrukturen (Autonomie-Regierung Kataloniens) und die Verlegung kasernierter Polizei (Zivil- und Sturmgarde) und von Einheiten des Volksheeres (siehe oben) konnte auch die POUM nicht verhindern. Die Revolutionskomitees wurden aufgelöst. Im Mai 1937 kam es zur Entscheidung.

Am 3. Mai griff die Polizei die Telefonzentrale Barcelonas an. Diese war seit dem Putsch von CNT-Milizen besetzt. Der Angriff wurde zurückgeschlagen. In der Stadt bauten Arbeiter, die CNT und POUM nahestanden, Barrikaden. Die Polizei geriet in die

Defensive. Die Volksfront entsandte 5000 Mann kasernierte Polizei von der Jarama-Front. CNT und POUM-Führung riefen daraufhin zum Abbruch der Kämpfe auf. Weiterer Widerstand wäre nur durch Abzug von Milizen von der Aragón-Front möglich gewesen. Das hätte aber diese Front für die Putschisten-Truppen geöffnet und wurde daher von CNT- und POUM-Führung abgelehnt.

Obwohl die „Mai-Kämpfe“ aus einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Regierungs- und CNT-Truppen hervorgegangen waren, wurde hauptsächlich die POUM zum Ziel der Verfolgung, die vor allem von der PCE gefordert wurde. Ministerpräsident Largo Caballero lehnte ein Verbot ab. Er wollte keine Arbeiterpartei verbieten (Reventlow). Das führte zu seinem Sturz. An seine Stelle trat der rechte Sozialist Negrín.

Nun wurde die „faschistisch-trotzkistische“ (Tostorff) POUM verboten, ihr Vorstand verhaftet, ihre Division an der Aragon-Front aufgelöst, die Truppen auf andere Einheiten aufgeteilt. Nin (Maurín war schon 1936 von den Putschisten gefangen genommen worden) wurde in eine „Tscheka“, ein Parteigefängnis der PCE im Haus des PCE-Führungsmitglieds Hidalgo de Cisneros (Tostorff) verbracht, dort verhört, vermutlich gefoltert und anschließend ermordet. Die praktische Auslöschung der

POUM stand natürlich im Zusammenhang mit den „Säuberungen“ und den Moskauer Prozessen in der Sowjetunion, bei denen jede/r der „Abweichung“ von stalinistischen Positionen Verdächtige mit dem Etikett „Trotzkist“ versehen und verfolgt, meist getötet, wurde.

Die revolutionären Kräfte waren besiegt, entmutigt und ernsthaft geschwächt. Das war gleichzeitig eine Schwächung der Republik gegen die Putschisten.

Die Hilfe der Sowjetunion

Neben den erwähnten Lieferungen von leichten Waffen aus Mexiko und der Tschechoslowakei kam die weitaus meiste militärische Hilfe aus der UdSSR. Die folgenden Zahlen

entnahm ich der Auflistung des bürgerlichen Historikers Hugh Thomas, der Berichte des deutschen Militärattachés in Ankara auswertete. Es ist anzunehmen, daß der Diplomat Nazideutschlands die Zahlen eher überall untertrieben hat. Das lag im Interesse der faschistischen Mächte, die ihre eigene Einmischung vor der internationalen Nichteinmischungskommission (England, Frankreich, Deutschland, Italien, Sowjetunion) mit den sowjetischen Lieferungen rechtfertigen wollten.

Die Hilfslieferungen der UdSSR begannen relativ spät. Während die Putschisten von Anfang an von den faschistischen Staaten unterstützt wurden, kamen erst im September 1936 geringe Mengen Kriegsmaterial und Munition an. Im Oktober kamen die ersten 25 Flugzeuge. Die meisten Lieferungen erfolgten im Jahr 1937. 1938 gingen sie stark zurück. Insgesamt lieferte die Sowjetunion nach dieser Quelle bis März 1938 242 Flugzeuge, 731 Panzerwagen, 69.200 Tonnen allgemeines Kriegsmaterial, 29.125 Tonnen Munition; zudem Benzin, Sanitätsausrüstung und ähnliches. Qualität und Alter der Waffen und Geräte waren unterschiedlich. Bei Flugzeugen war die qualitative Differenz zu den neu entwickelten deutschen Kampfflugzeugen besonders groß.

Außerdem kamen 905 Offiziere und Mannschaften, teilweise Instrukteure und Flugzeugführer, aber auch Agenten der sowjetischen Geheimpolizei, die bei der Verfolgung der angeblichen Trotzlisten eine wichtige und leitende Funktion hatten.

Die Verteilung der Waffen war äußerst unterschiedlich. Anarchistische und frühere POUM-Milizen wurden so gut wie gar nicht bedacht, berichtet Waldemar Bolze (KPD O), der 1937 an der Huesca-Front bei einer POUM-Einheit kämpfte. Regimenter unter dem Einfluß der PCE wurden gut ausgestattet (Reventlow, Thomas u. a.). Waffen, Munition usw. wurden also nicht nach den Notwendigkeiten der einzelnen Frontabschnitte oder Truppenteile eingesetzt sondern nach politischen Prioritäten. Auch das minderte ihre Wirksamkeit. In der Endphase des Bürgerkriegs wurden die Lieferungen im wesentlichen eingestellt. Auch dies trug zum raschen Zu-

sammenbruch der republikanischen Fronten bei.

Trotzdem bleibt die Waffenhilfe der UdSSR die bei weitem bedeutendste. Frankreich hatte zwar in den ersten Monaten nach dem Putsch Lieferungen und Freiwillige über die Pyrenäen gelassen, dann aber die Grenze gesperrt. Die bürgerlich demokratischen Länder Frankreich und England verweigerten der Republik die Unterstützung.

Daß sich die Sowjetunion zur Deckung der Kosten für die Lieferungen die Goldreserven der spanischen Nationalbank ausliefern ließ, wird von manchen kritisiert. Diese Kritik kann ich nicht teilen. Die UdSSR war ein vergleichsweise armes Land, der kostenlose Lieferungen sicher schwer gefallen wären. Außerdem: Wäre das Gold bei den Putschisten besser aufgehoben gewesen?

Bilanz der Volksfront

Der Bürgerkrieg war den linken bürgerlichen den sozialistisch/kommunistischen und anarchistischen Kräften aufgezwungen worden. Zunächst konnte das republikanische Spanien den Putsch auf die weniger besiedelten und industrialisierten Teile des Landes beschränken. Das lag nicht an der bürgerlich-republikanischen Regierung sondern an der Entfesselung der revolutionären Energie der Arbeiterklasse vor allem in Katalonien.

Die Putschisten konnten sich behaupten durch die massive militärische Unterstützung durch das faschistische Italien und Nazideutschland. Die Überlegenheit bei modernen Waffen konnte durch die Hilfe der Sowjetunion zwar abgemildert aber nicht ausgeglichen werden.

In dieser Situation mußte die Verfolgung der radikalen Linken, der POUM und teilweise der Anarchosyndikalisten, die entschiedensten Verteidiger der Republik schwächen. Was stand dem an Vorteilen im Kräfteverhältnis im republikanischen Lager gegenüber? Die bürgerlichen Republikaner hatten keinen militärisch wichtigen Anhang. Einzelne republikanische Beamte und Offiziere verweigerten zwar den Putschisten den Gehorsam, ein lebensgefährliches Unternehmen, doch das war auch alles. Es könnte eingewandt werden, daß Tei-

le der Armee und Polizei, die sich den Putschisten nicht angeschlossen hatten, die Hausmacht der Republikaner waren. Dagegen steht, daß diese Militärs in den Augen der Putschisten Verräter an Spanien waren. Diese Teile der Streitkräfte hatten von ihren ehemaligen Kameraden nichts zu erwarten als den Tod - viele fanden ihn in den Kämpfen und nach der Niederlage.

Das Kräfteverhältnis verschlechterte sich also für die Republik durch den Kampf gegen Links. Die Bindung der PCE und der sozialistischen Partei an die Bürgerlichen hatte zur Anwendung militärischer Gewalt gegen die Linke und zu deren Schwächung bzw. Vernichtung geführt. Vorteile im Krieg ergaben sich daraus nicht.

Was auf der linken Seite des politischen Spektrums verloren ging, wurde auf der rechten Seite **nicht** gewonnen.

Ein anderes Argument spricht gegen die Politik der Volksfront. Die republikanischen Truppen hatten zwar bedeutende Erfolge in der Defensive. Vor allem gelang die Verteidigung von Madrid. Dabei spielten Tapferkeit und Einsatzbereitschaft der Internationalen Brigaden, die dort zum ersten Mal in größerer Zahl zum Einsatz kamen, eine wichtige Rolle. Es gelang den republikanischen Armeen jedoch nie, über Anfängserfolge hinaus in die Offensive zu kommen. Kriege (auch Bürgerkriege) werden aber selten aus der Defensive heraus gewonnen. Was hätte näher liegen müssen als in die politische Offensive zu gehen. Das bedeutete neben der Fortentwicklung der sozialistischen Ansätze auf republikanischem Gebiet die Ausrufung einer Landreform, um die Landlosen in Südspanien zu gewinnen und die Entlassung spanisch Marokkos aus der kolonialen Unterdrückung. Solche Bündnisse hätten eine wohl entscheidende Stärkung der Republik bedeuten können. Doch das war der Volksfront aus Rücksicht auf die Bürgerlichen nicht möglich.

Natürlich gibt es keine Garantie dafür, daß diese politische Offensive zum militärischen Sieg geführt hätte. In der Geschichte gibt es keine Garantien. Verzicht auf die politische Weiterentwicklung der spanischen Widersprüche war aber der sichere Weg in die Niederlage.

Wer war Peter Maslowski?

(25. 4. 1893 – 24. 4. 1983)



Der Schüler des Lessing Gymnasiums in Berlin erhielt einen schweren Verweis wegen Schuleschwänzens, weil er an einer Rede Karl Liebknechts am 1. Mai

1913 teilgenommen hatte. Im 1. Weltkrieg wurde er Soldat und bereits im Mai 1915 schwer verwundet. Es folgte ein längerer Lazarettaufenthalt. Nach seiner Genesung studierte er ab 1917 Germanistik, Geschichte und Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin, ein Studium "das nie vollendet wurde, da mich der Kampf gegen den Krieg und die folgenden revolutionären Ereignisse völlig in Anspruch nahmen" (so Maslowski).

Er lernte das journalistische Handwerk bei Rosa Luxemburg 1918 in der "Roten Fahne", war aktiver Teilnehmer an der Revolution, Delegierter der Berliner Spartakuskonferenz aus der die KPD hervorging. Nach seiner Teilnahme an den revolutionären Kämpfen im Ruhrgebiet wurde er in Werl und Münster in "Schutzhaft" genommen. Später war er enger

Mitarbeiter Willi Münzenbergs und Reichstagsabgeordneter der KPD, für die er zweimal im Reichstag saß (1928 und 1930).

1919 trat Maslowski aus der Kirche aus, organisierte sich im Freidenker-Verband und war in der Weimarer Republik führend in der Freidenkerbewegung aktiv (zahlreiche Artikel im Organ "Der Atheist" der Proletarischen Freidenker). Innerhalb seiner Partei war er Spezialist für Innen- und Kulturpolitik, somit auch auf dem Gebiet der Religions- und Kirchenpolitik. Zahlreiche Schriften entstanden: "Klerikalismus und Proletariat. Was ist die Zentrumsparterie", "Wozu Konkordat?", "Gotteslästerung", "Die Kirche und die Frau" (Ps. Maria Novack).

Wegen seiner Äußerung, Missionare seien "Agenten der kolonialen Ausbeutung", wurde er mittels des "Gotteslästerungsparagrafen" § 166 StB belangt. Wegen eines Artikels zur Fürstenabfindung musste er neun Monate im Cottbuser Gefängnis verbüßen.

Maslowski gehörte in der Spätphase der Weimarer Republik auch zu den linken Politikern die in

sektiererischer Art die Verantwortung für die Spaltung der Freidenkerbewegung trugen. Die Katastrophe des hereingebrochenen Faschismus sollte ihn eines Besseren belehren. 1933, noch in der Nacht des Reichstagsbrands tauchte er in Berlin unter und floh aus Deutschland über Polen, die Tschechoslowakei und die Schweiz nach Paris. Sein Name fand sich auf der ersten Ausbürgerungsliste des "Dritten Reiches", zusammen mit Heinrich Mann, Münzenberg und Kurt Tucholsky. In Paris war er Leiter der "Internationalen Roten Hilfe", u.a. in Zusammenarbeit mit dem Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid. Er veröffentlichte die Schrift "Der Kampf um das Asylrecht" (Ps. M. Pierre). Fortan trat er konsequent für den Gedanken der Volksfront ein. Zusammen mit Willi Münzenberg brach er mit der KPD wegen des Hitler-Stalin-Paktes. Die Kriegsjahre bis 1945 verbrachte Maslowski im Untergrund unter falschem Namen in Südfrankreich.

Nach dem Weltkrieg war er ab 1946 bis zu seinem 70. Lebensjahr Chefredakteur und Herausgeber der

Zum Jubiläum

70 Jahre seit Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs sind über ehrendes Gedenken von und für die jeweilige Seite hinaus auch Anlaß, über einige Gemeinsamkeiten mit früheren und späteren Regierungsbeteiligungen linker Parteien und Organisationen nachzudenken.

Natürlich sind die jeweiligen historischen Bedingungen sehr unterschiedlich. Ebenso unterschiedlich müssen und mußten daher auch die Parteien der Linken sein. Was ist zu verallgemeinern?

Auffällig ist, daß die Abfolge des Niedergangs linker Politik, der Aufgabe linker Standpunkte weitgehend der Beschreibung Luxemburgs (siehe oben) entspricht. Auch in Spanien vertrat die Sozialistische Partei den Sozialismus als Ziel. Aber ihre praktische

Politik lief in die gegenteilige Richtung. Auch die PCE wollte den Kommunismus als Endziel. Doch sie schwächte die Linke und stützte die Bürgerlichen, wobei hier die bedingungslose Unterordnung unter die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Komintern und damit unter die Position Stalins in den Machtkämpfen in der Sowjetunion eine unheilvolle Rolle spielte. Auch die PDS ist gegen Sozialabbau. Doch sie setzt ihn durch, wenn sie in einer Landesregierung sitzt. Zum Glück sind die Folgen im letztgenannten Beispiel zwar schlimm genug, aber sie werden nicht so blutig sein wie in Spanien 1936 - 1939.

Die Aufgabe eigener, d. h. linker Positionen, um Minderheit in einer Regierungskoalition zu spielen, hat linken Parteien, hat der Arbeiterklasse noch nie nachhaltige Vorteile gebracht. Das galt für die sozialistische

Partei Frankreichs 1899 ebenso wie für die Volksfrontregierungen in Frankreich und Italien nach dem 2. Weltkrieg usw. Der Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiterklasse einerseits und der Verpflichtung in der „Regierungsverantwortung“ eine zwangsläufig gegen diese Interessen gerichtete Regierungspolitik mit vertreten zu müssen, hat die Linken in der Volksfront geschwächt und die Rechten gestärkt.

Auch das lehrt uns die Geschichte des spanischen Bürgerkriegs.



Tageszeitung "Neue Presse" in Coburg. In den 1970er Jahren gehörte er zu den Gründern des "Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten". Sein "Altershobby" war die Arbeit an seinem "Teufelsbuch" und an seiner "Konzilsgeschichte", die fertig gestellt wurden und vorliegen:

- Peter Maslowski. Das Theologische Untier. Der so genannte Teufel und die Geschichte im Christentum. ISDK-Verlag Berlin 1978 und

- Peter Maslowski. Papstkirche ohne Heiligenschein. Geschichte der Konzile von Konstanz bis zum Vatikanum II. Hrsg. Von Felix Weiland. alibri Aschaffenburg 2006.

Seine frühen Schriften erschienen in dem Buch:

- Peter Maslowski. Klerikalismus und Proletariat. Zur Religionsfrage und andere frühe Schriften. Hrsg. von Christoph Kopke. Band 7 der Reihe Klassiker der Religionskritik. alibri Aschaffenburg 2003

Peter Maslowski (1893-1983) schrieb als sein Alterswerk eine kritische Geschichte der Konzile von Konstanz (1414-1418) bis zum Zweiten Vatikanum (1962-1965). Dabei stellte Maslowski in seiner Analyse die sechs neueren Konzile und den kirchlichen Machtapparat in den Mittelpunkt. Beginnend mit den so genannten "Reformkonzilien", der Versammlung in Konstanz - hier wurden bekanntlich Jan Hus und Hieronymus durch Feuer tod hingerrichtet, drei Päpste entmachtet und ein neuer gekürt - beschreibt Maslowski durchaus spannend den Machtpoker der Kleriker. Den "ehrwürdigen Konzilvätern", die in ihren Versammlungen nicht nur vordergründig um ideologische Richtungsentscheidungen und Verdammungsurteile stritten, ging es immer auch um Herrschaft und letztlich um die Verteilung der Pfründe, Steuern, Besitz und die Geschäfte die Papstkirche. In diese Auseinandersetzungen zwischen Kirchenfürsten, König und

Papst, zwischen Kirche und Staat, zwischen Reaktion, Revolution und Säkularisierung bietet das vorliegende Werk Maslowskis einen kenntnisreichen Einblick. Historisch informativ ist der gespannte Bogen vom 15. Jahrhundert, die Zeit der Avignon-Schisma-Päpste, dem Scheitern der "Reformkonzile" und der absoluten Macht der Renaissance-Päpste, dem Zeitalter von Reformation und Gegenreformation, der Zeit der Französischen Revolution, der Proklamierung der angeblichen "päpstlichen Unfehlbarkeit", dem Kulturkampf und dem stürmischen 19. Jahrhundert, bis hin zum Zweiten Vatikanischen Konzil der 1960er Jahre unter Johannes XXI. II. und dem darauf folgenden konservativen Rückschlag, der unter dem Oberhirten Paul VI. folgte.

Ist der Geschichtsverlauf schon unterhaltend, so wohltuend ist die Sprache Maslowskis, die in glänzendem journalistisch-aufklärerischem Stil gut lesbar ist. Besteht doch bei

SLOWAKEI Was verbindet die Sozialdemokratie mit Rechtsaussen?

Ficos Ritt auf dem Karpatentiger

Die Kombination ist wahrlich gespenstisch: Ein Sozialdemokrat legt sich, um Regierungschef zu werden, mit einem Rechtsextremen und einem durchgeknallten Altkommunisten ins Bett. Was der Chef der linken slowakischen Smer-Partei, Robert Fico, diese Woche vorerzählt, ist kaum zu fassen. Sein Koalitionspartner Nummer eins, der Nationalistenführer Ján Slota, setzt sich für die Wiedereinführung der Todesstrafe ein und will die «Integration der slowakischen Roma» dadurch erreichen, dass Roma-Kinder in Internaten zu «echten Patrioten» umerzogen werden. Ausserdem fordert er die Slowaken auf, «die Panzer zu besteigen und Budapest dem Erdboden gleichzumachen».

Ficos Koalitionspartner Nummer zwei wiederum, Vladimír Mečiar, ist den SlowakInnen noch gut in Erinnerung als ein Mini-Lukaschenko, der während seiner Zeit als Premier die Opposition gegängelt hat, den Sohn des damaligen Präsidenten entführen liess, die Roma-Minderheit als «soziales Geschwür» bezeichnete und JournalistInnen manchmal auch eigen-

händig verprügelte – schliesslich war er ja Boxer.

Überhaupt sind Boxer im Aufwind. Gerade erst ist im benachbarten Polen ein Ex-Boxer zu Regierungsehren gekommen: Andrzej Lepper, Chef der populistischen BäuerInnenpartei Samoobrona, darf sich Vizeminister in der rechtsrechten polnischen Regierung nennen. Doch Lepper war stets ein Rechter. Dass er nun Teil einer Koalition mit den homophoben Brüdern Lech und Jaroslaw Kaczynski und der xenophoben Liga der polnischen Familien ist, passt ins Bild. Aber Robert Fico? Einer, der sich Sozialdemokrat nennt, im Bündnis mit den Ultrarechten?

Mittlerweile überlegt sich die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament, Ficos Smer-Partei auszuschliessen. Und die Rechte wiederholt genüsslich, was sie immer schon verkündet hat: Links sein heisst populistisch sein. Oft kommt dabei auch ein Fico-Zitat aus dem Wahlkampf zum Einsatz. Da hat er gewettert: «Während Banken in der Slowakei Milliarden Gewinne machen und sie ins Ausland verschieben, haben die Menschen

keine Arbeit. Die Slowakei ist kein Stück Schinken, den man so lange abnagen kann, bis nur der Knochen übrig bleibt.» Wer so etwas sagt, folgert nun die Rechte, dem ist auch eine Koalition mit den schlimmsten Verbrechern zuzutrauen.

Und doch gibt es noch eine andere Lesart. Dass Fico mit Slota und Mečiar zusammengeht, ist auch ein

Für sein Programm hätte Fico keine anderen Partner gefunden als die politisch Unberührbaren.

Ausdruck davon, wie sehr sich der selbst ernannte «Karpatentiger» Slowakei in den vergangenen Jahren in die neoliberale Sackgasse manövriert hat. Einheitssteuer, höhere Zuzahlungen im Gesundheitswesen, radikale Kürzungen beim Arbeitslosengeld (die die Roma-Minderheit besonders hart treffen) sind derart zum politischen Konsens geworden, dass nur jene dage-

klerikalen Themen häufig die Gefahr, in die Sprache des klerikal-intellektuellen zu verfallen.

Der Band ist zudem sehr informativ editiert. Anmerkungen, Personen- und Sachregister, und v.a. ein sehr umfangreiches Glossar, zeigen die sorgfältige Handschrift von alibri-Verlag-Machern und dem Herausgeber Felix Weiland (*1961) Diplompolitologe aus Berlin.

Allein das editorische Nachwort ist schon spannend zu lesen und wirft einen bezeichnenden Blick auf die Schwierigkeiten beim Machen von kirchenkritischer Literatur in Deutschland. Das Manuskript entstand vor 40 Jahren und fand zunächst keinen Herausgeber. Gleichzeitig gelang es den klerikalen Meinungsmachern ein Bild des Zweiten Vatikanums als große Reformation zu zeichnen. Maslowkis Buch wäre damals schon dringend nötig gewesen.

Maslowski resümiert: "Das Zweite Vatikanische Konzil ist als zweite Reformation bezeichnet worden, die stattgefunden habe. Aber das ist nicht nur übertrieben, sondern grundsätzlich und aus historischer

Sicht im ganzen nicht zutreffend." Die "Reformen" blieben meist nur Äußerlichkeiten (Sozialenzykliken, Landessprache im Gottesdienst, interkonfessioneller Dialog), dagegen stehen immer noch die bekannten reaktionären Verlautbarungen (Pillen-Enzyklika, Priesterzölibat, Teufelsreden Papst Paul VI. und v.a. keine Änderung im autoritären Machtapparat).

Die Person des Papstes Johannes XXIII. wird überwiegend positiv zitiert. Der Rezensent hält es da schon mehr mit der Darstellung von Karlheinz Deschner, die bei diesem Politiker deutlich kritischer ausfällt. (Karlheinz Deschner. Die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert. Reinbek 1991. Zweiter Band S. 473ff).

Trotzdem sind dem neuen Buch Maslowskis viele LeserInnen zu wünschen. Sie werden mit bestem historischem Journalismus belohnt.

Heiner Jestrabek

Peter Maslowski. Papstkirche ohne Heiligenschein. Geschichte der Konzile von Konstanz bis zum Vatikanum II. Hrsg. Von Felix Weiland. alibri Aschaffenburg 2006

gen anzutreten wagen, die nichts zu verlieren haben: Fico, der nur auf diesem Weg die Chance sah, sich seinen Lebensraum von einem Regierungsamt zu erfüllen, und politisch Unberührbare vom Schlage eines Slota oder eines Meciar.

Für sein Programm der Abkehr von neoliberaler Wirtschaftspolitik und einer Hinwendung zum sozialstaatlichen (manche sagen: staatssozialistischen) Modell hätte Fico in der Slowakei keine anderen Partner als Slota und Meciar gefunden. In Wirklichkeit blieb ihm daher nicht viel anderes übrig: Er konnte entweder seine gesamten Wahlversprechen bereits am Tag nach der Wahl für ungültig erklären und eine Koalition mit der gemässigten, aber neoliberalen Rechten eingehen – oder sich eben für die katastrophale Allianz mit den Nationalisten entscheiden. Was er auch tat. Er bildete – der Kalauer liegt auf der Hand – eine nationalsozialistische Regierung.

Wie wird Europa mit dem Problem umgehen? Am Tag der Regierungsbildung liess die Europäische Kommission Fico über eine Sprecherin wissen: «Wir erwarten, dass

sich die neue slowakische Regierung voll an ihre europäischen Verpflichtungen hält.» Das klingt nach Sorge um Demokratie und Menschenrechte. Doch ehrlicher hat es der abgewählte konservative Premier Mikulas Dziuřinda ausgedrückt: «Nur noch Selbstmörder werden jetzt in der Slowakei investiert.»

Das ist der Punkt. Fico, Slota, Meciar in der Slowakei; Kaczynski, Lepper, Giertych in Polen; der glücklose Viktor Orbán in Ungarn – all diese sozial besorgten, oft antisemitischen, fast immer krass nationalistischen Ostpopulisten haben zwar nicht die Möglichkeit, den Vormarsch multinationaler Konzerne in ihren Ländern zu stoppen, aber sie erfüllen den Konzernchefs nicht jeden Wunsch bereits im vorausseilenden Gehorsam. Die osteuropäische Linke tut das, wenn sie regiert, sehr wohl. Weshalb sie Brüssel auch viel lieber ist als Fico und Konsorten. Mit Minderheitenschutz, Demokratie und den so gern beschworenen gemeinsamen europäischen Werten hat das allerdings nur sehr bedingt zu tun.

Piotr Dobrowolski

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 152 Sommer 2006, 36 S.

- Nein zu einem deutschen Militäreinsatz im Kongo
- IG-Metall-Tarifrunde 2006: Weiter in der Defensive
- ver.di-Abschluß auf Länderebene
- Uruguay – Teil einer linken Achse?
- Tschechische Wahlen und danach
- Wolfgang Abendroth – Ein Leben in der Arbeiterbewegung
- Wahlsiege der Kommunisten in Indien

Nr. 151 Frühjahr 2006, 40 S.

- Die soziale Kluft wächst
- Neue Regierung – Neue Politik?
- Zum Tod des Genossen Manfred Behrend
- Damit Menschen in Würde leben können
- Wir sind O&K, wir bleiben hier, dafür streiken wir!
- Kann Ver.di die 38,5-Stundenwoche verteidigen?
- Die Wahlen in Chile
- Eine unmoralische Kriegskoalition

Nr. 150 Winter 2005, 40 S.

- Große Koalition: „Heulen und Zähneklappern“
- Streik bei Infineon
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Nach der Wahl
- Linkspartei.PDS und WASG nach der Bundestagswahl
- Das Anwachsen des Faschismus – Wiederholt sich Weimar?
- Wichtige Ereignisse in Großbritannien
- Die erste Gysi-Biographie

Nr. 149 Herbst 2005, 40 S.

- Keine „Schicksalswahl“
- Vorzüge und doppeltes Gesicht der neuen Linkspartei
- Wahlprogramm CDU/CSU
- Die Tschechische Linke heute
- Unruhe an den Finanzmärkten

Nr. 148 Sommer 2005, 44 S.

- Die Artisten unter der Reichstagskuppel
- Drohen „Weimarer Verhältnisse“?
- Bildungspolitische Konzepte von Arbeitgeberverbänden
- NPD-Aufmarsch in Nürnberg zum 1. Mai

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Italien

Linke in schweren Wassern

Rifondazione und das Regierungsprogramm



Seit den Parlamentswahlen vom 9. und 10. April wird Italien von einem Mitte –

Links-Bündnis unter der Führung Romano Prodis regiert, dem auch Rifondazione Comunista angehört. Unter dem gemeinsamen Dach leben jetzt Seelen, die nicht zueinander passen.

Das Mitte-Links-Bündnis namens Unione fußt auf einem politischen Abkommen, das die Grundlage für das Regierungsprogramm abgibt. Seine Hauptorientierung ist wirtschaftsliberal zu nennen — Rifondazione konnte nur an wenigen Stellen mäßigend wirken, die Gesamtrichtung aber nicht umkehren. Die sozialliberalen und bürgerlichen Kräfte (Linksdemokraten und Margerite) geben in der Koalition den Ton an.

Das Regierungsprogramm unterstützt den Stabilitätspakt und die Strategie von Lissabon — seine europapolitische Dimension steht in Kontinuität zu den Grundzügen der Politik, die die Kommission Prodi von 1999 bis 2004 vertreten hat. Ausdrücklich sind weitere Maßnahmen zur Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft vorgesehen. Die schlimmsten Gesetze der Regierung Berlusconi — Aushebelung des Kündigungsschutzes, Schulreform u.ä. — werden nicht zurückgenommen — weder auf diesem noch auf anderen Gebieten.

Prodi hat angekündigt, die Lohnnebenkosten weiter senken zu wollen. Der Druck in diese Richtung wird dadurch verschärft, dass die Regierung Berlusconi ihrer Nachfolgerin eine hohe Schuldenlast hinterlassen hat. 2005 betrug das Haushaltsdefizit 4,3% (3% sind zulässig nach dem Stabilitätspakt), in 2006 sollte es auf 3,5% zurückgefahren

werden. In einem Kommentar zu dem Haushalt 2006, der noch von der Vorgängerregierung vorgelegt wurde, mahnte die EU-Kommission Mitte Juni jedoch an, mit dem vorgelegten Haushalt werde das Ziel nicht erreicht werden können — das Defizit werde erneut auf 4,1% steigen, das entspricht einem zusätzlichen Haushaltsloch von 10 Milliarden Euro.

Jeder Prozentpunkt Defizit wiegt 13 Milliarden Euro. Der neue Finanzminister, Paolo Schioppa, hat deshalb einen Nachtragshaushalt angekündigt, der den Hebel zur Haushaltssanierung vor allem bei den öffentlichen Gesundheitsausgaben ansetzen will. Ganz wie bei Hans Eichel bilden Sparpolitik und Einhaltung der Maastricht-Kriterien die obersten Leitlinien der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung.

In der Außenpolitik fordert sie — nach Absprache mit der irakischen Regierung — den Rückzug der italienischen Truppen aus dem Irak — besser gesagt: die Ersetzung der militärischen durch eine zivile Mission. Sie spricht sich zugleich deutlich für das atlantische Bündnis mit den USA aus und für den Aufbau einer EU-Armee als Gegengewicht zur militärischen Kraft Washingtons. Um die Zuverlässigkeit Italiens als außenpolitischer Bündnispartner zu unterstreichen, hat Außenminister D'Alema vorgeschlagen, den Rückzug aus dem Irak durch ein verstärktes militärisches Engagement in Afghanistan zu kompensieren.

Nachdem der italienische Bankensektor seit den 90er Jahren tiefgehend umstrukturiert und für ausländisches Kapital geöffnet worden ist, soll dasselbe nun auch mit dem Industriesektor geschehen, um ihn international konkurrenzfähig zu machen. Der Unternehmerverband Confindustria fordert mehr Hilfen für die Unternehmen, eine noch stärkere Senkung der Lohnkosten, noch mehr Flexibilität in den Betrieben, mehr Konkurrenz. Die

Regierung unterstützt diese Forderungen und will die Gewerkschaften über eine Art „Bündnis für Arbeit“ in diesen Prozess einbinden. Dafür stellt sie in Aussicht, Gewinne, die nicht investiert werden, stärker zu besteuern. Sie unterstützt auch die Bolkesteinrichtlinie.

Wadenbeißer

Dass Rifondazione ein so eindeutig wirtschaftsliberales Programm unterschreibt, ist Ausdruck einer politischen Kehrtwende. Die Jahre, in denen die Parteiführung den Schulterchluss mit den sozialen Bewegungen gesucht hat, sind vorbei, nun sucht sie das Bündnis mit der europäisch gesinnten Fraktion des italienischen Unternehmertums. Allerdings geht dieser Prozess unter vielen Windungen und Verrenkungen vor sich und sein Ausgang ist durchaus offen. Denn Rifondazione steht auch massiv unter Beschuss — von seiten der Rechten (Parteien, italienische Bischofskonferenz, Confindustria) wie auch innerhalb der Unione selbst.

Die bürgerliche Mehrheit in der Unione hat Rifondazione scharf wegen ihrer Unterstützung für die Bewegung gegen den Hochgeschwindigkeitszug durch das piemontesische Tal Val di Susa, aber auch der Friedens- und der globalisierungskritischen Bewegung angegriffen. Äußerungen führender Vertreter der Unione zur Homoehe und zur Abtreibung haben noch vor der Wahl fast die gesamte Homosexuellenbewegung und die Frauenbewegung gegen sie aufgebracht. Die Organisation Arcilesbica hat deshalb einen Wahlauftritt für die Unione abgelehnt. In dieselbe Schublade gehört, dass Rifondazione auf Druck der bürgerlichen Bündnispartner Marco Ferrando von der Kandidatenliste gestrichen hat (er gehört zur Strömung Progetto Comunista in Rifondazione).

Nach den Wahlen konzentriert sich das Sperrfeuer der Medien vor

allem gegen herausragende Vertreter von Rifondazione wie Fausto Bertinotti (Parlamentspräsident) oder Gennaro Migliore (Fraktionschef von Rifondazione in der Kammer). Stein des Anstoßes: die Teilnahme an einer Friedensdemo am 2. Juni, die Ablehnung von Sondergefängnissen für Flüchtlinge usw. Hier ist eine regelrechte Hetzkampagne im Gang, die sich nicht allein gegen Rifondazione richtet, sondern auch gegen soziale Bewegungen, vorrangig gegen die Gewerkschaft CGIL (siehe Kommentar auf dieser Seite).

Was macht die Linke?

Mit der Regierungsbeteiligung von Rifondazione eröffnet sich für die antikapitalistische Linke in Italien eine neue Phase. Anders als Bertinotti selbst noch zu Beginn der Verhandlungen um ein Wahlbündnis gefordert hatte, ist mit dem Wechsel zur Regierung Prodi nicht auch ein Politikwechsel verbunden — sie bleibt im Rahmen des neoliberalen Grundkonsenses, den sie nur anders ausgestaltet. Die wesentliche Aufgabe, die sich einer linken Partei heute stellt, wird in einem solchen Rahmen verfehlt: nämlich die Wiederbelebung und Stärkung der Rolle der lohnabhängigen Klasse (im breiten Wortsinn) als eigenständiger und unabhängiger Akteur einer gesellschaftlichen Alternative — auf dem

Weg einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft und der Politik. Diese Aufgabe kann nicht in Gemeinschaft mit denen gelöst werden, die durch eine neoliberale Politik alles dafür tun, eben dieses Subjekt zu zerstören.

Die linken Strömungen innerhalb von Rifondazione fordern deshalb weiterhin, dass die Partei aus der Regierung austritt und sie dort, wo es möglich ist, von außen unterstützt. Eine von ihnen, Sinistra Critica, schreibt in einem Antrag an den Parteivorstand von Rifondazione vom 22. April dieses Jahres (er erhielt 13 Stimmen): „Wir denken, dass die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung der PRC heute nicht gegeben sind, weder inhaltlich noch vom Charakter der Regierungskoalition her.“

Die Strömung fordert als erste Maßnahmen einer neuen Regierung den sofortigen Truppenabzug aus dem Irak und aus Afghanistan und die Aufhebung verschiedener Berlusconi-Gesetze: namentlich das zum Kündigungsschutz, zur Schulreform, zur Ausländerpolitik, die Ablehnung weiterer Privatisierungen und Deregulierungen und eine Anhebung der Löhne. Sinistra critica fordert eine Autonomie der Partei gegenüber der Regierung und eine Hinwendung zum gesellschaftlichen Widerstand, den es aus einer Position gestärkter parlamentari-

scher Präsenz heraus zu unterstützen gilt.

Sinistra Critica hat begonnen, ein eigenes „Programmatisches Manifest für eine antikapitalistische Linke“ auszuarbeiten. Sein Ziel ist der Kampf um die Partei. Es wurde Mitte Mai auf einer nationalen Konferenz der Linken in Rifondazione diskutiert. Sie fordert auch eine Parteireform, in deren Mittelpunkt eine kollektive Parteiführung sowie die Trennung von Amt und Mandat stehen soll.

Salvatore Cannavò

Salvatore Cannavò ist stellvertretender Chefredakteur von Liberazione, der Tageszeitung der PRC, und Mitglied der Nationalen Leitung von Rifondazione. Er wurde bei den letzten Parlamentswahlen in die Kammer gewählt. (Übersetzung: Angela Klein.)

Nachdruck aus:

SoZ - Sozialistische Zeitung

**SoZ-Verlags-GmbH
Dasselstr. 75-77
D-50674 Köln**

**redaktion@soz-plus.de
Tel: 0221 9231196
Fax: 0221 9231197**

Anzeige

WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

„Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der BRD auf Grund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, anti-

sexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbote erhalten, vor Gericht gestellt oder zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe e.V. den von der Reaktion Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (§2 der Satzung der Roten Hilfe e.V.)

ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551 - 770 80 08
(Di. & Do. 15⁰⁰ - 20⁰⁰ Uhr)
Fax: 0551 - 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Kontonummer: 19 11 00 - 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk von **Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
 € 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

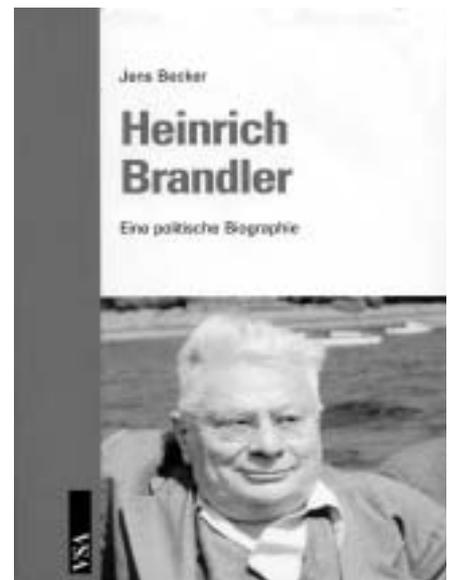
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

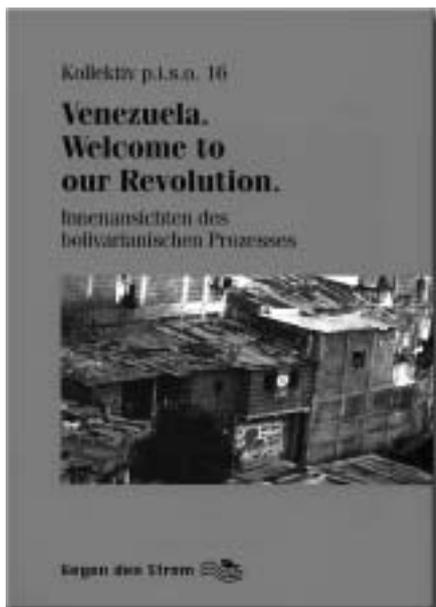
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
 € 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
 Schwanthalerstraße 139
 80339 München
 gds-verlag@gmx.de

oder:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg



624 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg